

**Michael Radseck**

## **Rohstoffe und Rüstung. Hintergründe und Wirkungen ressourcenfinanzierter Waffenkäufe in Südamerika**

### **Abstract**

Waffen mit Erlösen aus dem Verkauf natürlicher Ressourcen zu finanzieren, macht in Zeiten klammer Verteidigungshaushalte und hoher Rohstoffpreise zunehmend Schule. Neben Chile und Ecuador verfügt seit Kurzem auch Peru über einen ressourcenfinanzierten Rüstungsfonds und Bolivien ist ein heißer Anwärter hierauf. Die Befürchtung, der Konnex zwischen Rohstoffen und Rüstung könne bei anhaltend hohen Weltmarktpreisen für fossile Brennstoffe und Industriemetalle zu einem wechselseitigen Auf- und Hochrücken in der Region führen, ist deshalb nicht gänzlich von der Hand zu weisen. Allerdings zeigt die in dem Beitrag vorgenommene Funktions- und Wirkungsanalyse der südamerikanischen Rüstungsfonds, dass das hiervon ausgehende Destabilisierungspotenzial maßgeblich von endogenen Faktoren mitbestimmt wird. Hierzu gehören der Modus der Rüstungsfinanzierung, die Transparenz des Rüstungssektors und die Autonomie der Streitkräfte.

Schlüsselbegriffe: Südamerika, Chile, Ecuador, Peru, Rüstung, Rüstungsfonds, Waffen, Militär, Militärausgaben, Rohstoffe, natürliche Ressourcen

---

### **Michael Radseck**

Dr. phil, Politikwissenschaftler, assoziierter Mitarbeiter am GIGA Institut für Lateinamerika-Studien, Hamburg. Forschungsschwerpunkte: Ressourcen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Südamerika

✉ ILAS, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

E-Mail: radseck@giga-hamburg.de

---

---

**Resumen**

---

**Michael Radseck****Recursos naturales y armas. Antecedentes y efectos de los Fondos de Defensa en América del Sur**

En tiempos de restringidos presupuestos de defensa y altos precios para las materias primas, el mecanismo de financiar armas directamente con ingresos de exportaciones primarias está haciendo escuela en América del Sur, una región dotada con abundantes recursos naturales. Mientras Chile y Ecuador y ahora también el Perú ya cuentan con así llamados Fondos de Defensa, en Bolivia el estamento militar espera contar próximamente con un mecanismo tal. Ante esta conexión directa entre materias primas y armas, el riesgo parece haber aumentado que la región se incline hacia un rearme o armamentismo, más aún si se mantiene el alto nivel de los precios para los *commodities*. Sin embargo, un análisis del funcionamiento y de los efectos de los Fondos de Defensa en la región muestra que su potencial destabilizante está determinado sobre todo por factores internos, tales como la forma de su financiamiento, la transparencia del sector Defensa y la autonomía de las Fuerzas Armadas.

---

**Summary**

---

**Michael Radseck****Natural resources and arms. Decision making and effects of resource-based arms procurement in South America**

Financing arms directly through the revenue generated from the export of commodities has become the standardized model for the resource-rich countries of South America. This model is particularly prevalent in times when defense budgets are tightened and the prices for commodities rise. Apart from Chile and Ecuador, Peru also has a resource-based arms funding model, with Bolivia quickly becoming the next candidate to support its defense through the sale of its natural resources. There is a justified fear that the direct link between commodities and arms in an environment of high prices for fuels and metals could lead to an arms race in the region. However, an analysis of the functioning and the effects of the South American arms funds shows, that their destabilizing potential is determined decisively by domestic factors such as their financing mode, the transparency of the arms sector and the military autonomy.

## 1. Einleitung

Rüstungsgüter aus dem Verkauf fossiler Brennstoffe oder anderer Rohstoffe zu finanzieren, ergibt sich im Falle stark ressourcenabhängiger Staaten, so sie Streitkräfte unterhalten, nachgerade zwangsläufig. Die reichen, hochgerüsteten Ölstaaten auf der arabischen Halbinsel machen es seit Jahrzehnten in besonders eindrucksvoller Weise vor. Je höher der Anteil der Rohstoff Erlöse am Staatshaushalt, desto wahrscheinlicher, dass diese auch für Rüstungszwecke verwendet werden. Wie die Einnahmen aus dem Rohstoffexport verteilt und verwendet werden, dürfte entscheidend von den Machtverhältnissen in einer Gesellschaft, der Natur und Funktionsweise des politischen Systems sowie den Zielsetzungen der jeweiligen Regierung abhängen.

Allerdings macht es nicht nur aus demokratietheoretischer Sicht, sondern auch im Hinblick auf die politische Stabilität und Konfliktivität rohstoffreicher Länder einen signifikanten Unterschied, ob Ressourcenerlöse per „Gießkanne“ oder mittels Patronage oder aus einem Mix beider Distributionstypen verteilt werden (vgl. Basedau/ Lacher 2006). Hohe Militärausgaben in dieser Ländergruppe mögen auf „eine effektive Strategie zur Ausübung des staatlichen Gewaltmonopols hinweisen“ (ebda.: 12), im konkreten Einzelfall aber auch Ausdruck politisch privilegierter oder finanziell autonomer Streitkräfte sein. So macht es – mit Blick auf die hier interessierende Problemstellung – einen gewaltigen Unterschied, ob Waffen aus dem regulären Verteidigungshaushalt und mit dem Placet des Parlaments finanziert werden oder aber über eigens aufgelegte Rüstungsfonds, die sich aus einem fixen Anteil an den Verkaufserlösen eines bestimmten Rohstoffs speisen, gegebenenfalls außerhalb des Verteidigungs- oder sogar Gesamtetats stehen und möglicherweise von den Streitkräften maßgeblich selbst verwaltet werden. Mehr noch müssen Waffenkäufe dort besondere Wirkungen entfalten, wo Ressourcenerlöse zum Zwecke der Rüstungsbeschaffung direkt in die Kassen der Uniformierten gespült werden.

Südamerika liefert mit Chile, Ecuador und Peru drei Beispiele für solcherart ressourcenfinanzierte Rüstungsfonds. Was den Streitkräften in Ecuador das Erdöl, ist ihnen in Chile das Kupfer und in Peru seit Kurzem das Erdgas. Neuerdings erhebt auch das Militär in dem an Erdgas reichen Bolivien Anspruch auf Teilhabe an den staatlichen Einnahmen aus dem lukrativen Gasgeschäft. Der Mechanismus, Rüstungskäufe unmittelbar über Erlöse aus dem Verkauf natürlicher Ressourcen zu finanzieren, ist in Südamerika also nicht neu, aber er macht in Zeiten klammer Verteidigungshaushalte und hoher Rohstoffpreise zunehmend Schule.

Der vorliegende Beitrag illustriert zunächst die Entstehung, Funktionsweise und Größenordnung der ressourcenfinanzierten Rüstungsfonds in Chile, Ecuador und Peru. Besonderes Augenmerk gilt dabei dem chilenischen

Fonds. Seine anhaltend hohen Einnahmen und die damit verbundenen massiven Waffenkäufe weisen ihm mittlerweile eine Sonderstellung in Südamerika zu und lassen von ihm auch eine gewisse „Proliferationswirkung“ ausgehen. So ist die zu Jahresbeginn 2005 erfolgte Einführung eines Rüstungsfonds in Peru ohne das chilenische Modell – als Auslöser wie als Pate gleichermaßen – nicht denkbar.

Auf die Funktionsanalyse aufbauend werden in dem Beitrag sodann mögliche Auswirkungen skizziert, die der Konnex „Rohstoffe – Rüstung“ auf dem amerikanischen Subkontinent zu zeitigen imstande ist. Von einem unmittelbaren Kausalzusammenhang ist naturgemäß nicht auszugehen; erst im Zusammenwirken mit anderen Variablen – dem Modus der Rüstungsfinanzierung, der Transparenz des Verteidigungssektors und der Autonomie der Streitkräfte –, dies die These des Beitrags, entfalten ressourcenfinanzierte Waffenkäufe in der Region ihre destabilisierenden Wirkungen, nach innen wie nach außen.

## 2. Forschungsstand

Entstehung, Funktionsweise und Wirkungen ressourcenfinanzierter Rüstungsfonds in Südamerika sind wenig erforscht. Ein knappes Dutzend an Arbeitspapieren und Auftragsstudien liegt vor, mehrheitlich zum bekanntesten, dem chilenischen Fall (vgl. Navarro/ Pattillo 1996; Rojas 2000; Pattillo 2001, 2003). Demgegenüber fehlen Arbeiten, welche die in der Region vorhandenen Mechanismen zur Rüstungsfinanzierung und die mit der Rüstungsbeschaffung zusammenhängenden Entscheidungsprozesse systematisch miteinander vergleichen oder diese Fälle auf ihre (Wechsel-)Wirkungen hin untersuchen. Auch in der Literatur zur Rententheorie oder in Abhandlungen zu den zivil-militärischen Beziehungen findet sich die Thematik, soweit dem Autor bekannt, nicht behandelt. Dabei stellen gerade die südamerikanischen Rüstungsfonds nicht nur einen rentenbasierten Abschöpfungsmechanismus par excellence dar, sondern sind auch augenfälliger Ausdruck einer Allokation öffentlicher Gelder, die spezifische Belange der Streitkräfte systematisch über solche anderer gesellschaftlicher Gruppen und politischer Akteure stellt.

Mangelware sind auch Arbeiten zur wirtschaftlichen Rolle des südamerikanischen Militärs, die mit dem Vorhandensein eigener Einnahmen und Unternehmen naturgemäß an Bedeutung gewinnt. Nicht zufällig sind es gerade die Streitkräfte in Chile, Ecuador und Peru, die über einen hohen Grad an finanzieller Autonomie in der Region verfügen. Ein neuerer Sammelband, der sich der Thematik regionenübergreifend widmet (vgl. Brömmelhörster/ Paes 2003), greift mit Argentinien allerdings den *deviant case* in Südamerika heraus: Am Río de la Plata wurden, entgegen dem allgemeinen Trend in der Region

(vgl. Cruz/ Diamint 1998), die von den Militärs in Eigenregie geführten Rüstungsbetriebe in den 1990er Jahren weitgehend abgewickelt und privatisiert sowie die Vielzahl an sekundären, verteidigungsfremden Verwendungen und die damit verbundenen eigenen Einkünfte der Streitkräfte drastisch reduziert (vgl. Scheetz 2003).

Was bleibt, sind die bereits erwähnten Arbeiten von Pattillo und die unter seiner Federführung am *Instituto de Ciencia Política* der Katholischen Universität Chiles seit 2001 herausgegebenen Arbeitspapiere zu Norm und Praxis der Verteidigungsfinanzierung in Chile (vgl. Araya/ Seguel 2001; Arellano/ Polanco 2001; Polanco 2006). Genese und Aufbau des peruanischen Rüstungsfonds haben von Anbeginn Mitarbeiter am *Instituto de Defensa Legal* in Lima kritisch begleitet; ihnen verdanken sich eine Reihe von Positionspapieren und erste Darstellungen (vgl. Robles 2006b, 2005; Robles/ Tamayo 2004; Tamayo 2006, 2004a, 2004b). Eine *black box* sondergleichen stellt demgegenüber der Rüstungsfonds in Ecuador dar, auf den auch eine jüngst zum Sicherheitssektor des Landes veröffentlichte Studie (vgl. FLACSO 2006) kein Licht zu werfen vermag. Bereits zuvor hatten eine im Rahmen des wissenschaftlichen Netzwerkes RESDAL (*Red de Seguridad de América Latina*) entstandene Forschungsarbeit zur Transparenz des ecuadorianischen Verteidigungshaushaltes (vgl. García 2004) ebenso wie eine Weltbankstudie zur Verteilung und Verwendung der Ressourcenerlöse im Andenraum (vgl. ESMAP 2005) keine Klarheit darüber herstellen können, ob und gegebenenfalls in welcher Form der in den 1970er Jahren eingerichtete Verteidigungsfonds weiterhin besteht. Immerhin liefern diese beiden Arbeiten – wenn auch mehr zufällig als gewollt – jedenfalls bruchstückhafte Daten zur Rüstungsfinanzierung in Quito.

Kein Zufall, sondern politisch gewollt, ist die Ausblendung der Rüstungsthematik aus den regierungsamtlichen Darstellungen zur Verteidigungspolitik. Die als Weißbücher titulierten und vordergründig der Vertrauensbildung dienenden Werke tun dies derart konsequent, dass der Eindruck entstehen muss, in der Region werde die Verteidigungspolitik geradewegs neu erfunden, da diese ohne jede Informationen zum Stand der Ausrüstung und Bewaffnung der Streitkräfte sowie zur Rüstungsbeschaffung und -planung auskommt. Allerdings sind in Santiago wie zuletzt auch in Quito in jüngster Zeit deutliche Bemühungen erkennbar geworden, erstmals Daten zur Rüstungsfinanzierung und zu den damit verbundenen Entscheidungsabläufen bereitzustellen (vgl. Ministerio de Defensa Nacional 2006; Ministerio de Defensa Nacional de Chile 2006; Ministerio de Defensa Nacional de Chile 2003, CEPAL 2001).

Mit der in der Region ausgeprägten und tief verwurzelten Geheimhaltungspraxis im Umgang mit Rüstungs- und Verteidigungsthemen und den damit einhergehenden Informationsdefiziten ist ein Grund genannt, weshalb

systematische Arbeiten zur Funktionsweise und den Wirkungen von Rüstungsfonds in der Region bis dato fehlen. Auch ist in Rechnung zu stellen, dass sich hierzu forschende Wissenschaftler schnell dem Vorwurf des Geheimnisverrats ausgesetzt sehen, wenn, wie in Chile, bereits die gesetzlichen Grundlagen zur Rüstungsfinanzierung als streng vertraulich eingestuft sind. Dazu kommt das generelle Dickicht, das die Verteilung und Verwendung der Ressourcenerlöse in den meisten Ländern Südamerikas umgibt. Es wird sich solange nicht lichten, wie der vermeintliche Ressourcenfluch vornehmlich aus einer Opferrolle heraus untersucht wird, welche die südamerikanischen Rohstoffexporteure als ausgebeutete Objekte imperialistischer Mächte und ausländischer Multis begreift und das eigene Unvermögen darüber kaschiert, zu keiner Zeit die gesetzlichen, programmatischen und strukturellen Grundlagen dafür geschaffen zu haben, Ressourcenerlöse nachhaltig und entwicklungs-fördernd zu verteilen und zu verwenden (vgl. Schuldt 2005: 28-30).

### **3. Ressourcenfinanzierte Rüstungsfonds in Südamerika**

#### **3.1. Der chilenische Fondo del Ley Reservada del Cobre**

Mit den Erlösen aus dem sogenannten Kupfergesetz (*Ley Reservada del Cobre*) verfügen Chiles Streitkräfte seit einem halben Jahrhundert über eine der einträglichsten *off-budget*-Quellen weltweit. Die Quelle sprudelt in Form einer zehnprozentigen Sondersteuer, die auf die Bruttoeinnahmen der staatseigenen CODELCO (*Corporación Nacional del Cobre de Chile*), dem weltgrößten Kupferkonzern, erhoben wird. Diese Gelder fließen, am Parlament und Fiskus vorbei, direkt und zu gleichen Teilen auf geheime Sonderkonten von Heer, Marine und Luftwaffe (vgl. CEPAL 2001: 27; Ministerio de Defensa Nacional de Chile 2006: 9). Hier verliert sich ihre Spur, auch wenn die Mittel bekanntermaßen zweckgebunden sind und ausschließlich für den Unterhalt und die Beschaffung von Rüstungsgütern verwendet werden dürfen.

Eine Sonderbehandlung erfahren die Zu- und Abflüsse aus dem Kupfergesetz auch in haushaltstechnischer Hinsicht: Befreit von den üblichen Auflagen zur Buchführung, Rechenschaftslegung und Kreditgewährung sind sie weder im regulären Verteidigungsetat ausgewiesen noch tauchen sie, wie beispielsweise die Pensionszahlungen an das Militär, an anderer Stelle im jährlichen Haushaltsgesetz auf. Auch in den Meldungen der Regierung an den IWF und das UN-Berichtssystem für Militärausgaben, sofern überhaupt übermittelt, werden sie unterschlagen (vgl. Radseck 2004: 5ff.). Zahlen international renommierter Forschungsinstitute hält die Regierung demgegenüber für grundsätzlich überhöht, da sich diese mit der Einbeziehung von Rüstungsaus-

gaben und Altersbezügen an NATO-Kriterien orientierten, Santiago aber bei der Berechnung der Militärausgaben auf dem Standpunkt steht, dass „in einem Land wie Chile, mit seinen geographischen Eigenheiten und seiner besonderen kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung (...) es nicht möglich ist, (...) analytische Werkzeuge zu benutzen, wie sie für Länder (...) mit anderen geopolitischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Wirklichkeiten entwickelt wurden“ (Ministerio de Defensa Nacional de Chile 1997: 178).<sup>1</sup>

Auch wenn somit bis auf Weiteres nichts über den Umfang der Abflüsse aus dem Kupfergesetz und damit über die jährlichen Rüstungsausgaben Chiles in Erfahrung zu bringen ist, so ist mittelbar über die Rechenschaftsberichte von CODELCO doch wenigstens Auskunft über die jährlichen Zuflüsse zu erlangen. Rund 180 Mio. US\$ waren es im Schnitt der 1980er Jahre, ca. 250 Mio. US\$ in den 1990er Jahren. Einschließlich der Pensionszahlungen an die Uniformierten spiegelte der vom Parlament verabschiedete Verteidigungshaushalt damit regelmäßig nur 70 bis 80 Prozent des gesamten Wehrbudgets wider. Allerdings entzieht sich dessen genauer Umfang wegen der herrschenden Geheimhaltungspraxis im Umgang mit den Einnahmen aus dem Kupfergesetz und zahlreichen weiteren Finanzquellen der Streitkräfte selbst Berechnungen durch Experten. So lassen sich weder die Einkünfte der von den Militärs in Eigenregie geführten Krankenhäuser und Rüstungsbetriebe beziffern noch die Einnahmen, die Heer, Marine und Luftwaffe für ihre zivilen Dienstleistungen (Kartographierung, Lotsendienste, Seenotrettung, Flugsicherung) in Form von Gebühren und Tarifen gegenüber privaten Dritten einstreichen bzw. aus der Veräußerung „ausgemusterter Aktiva“ und Liegenschaften sowie aus Zinseinkünften erzielen und die u.a. eigene Vermögens- und Versorgungsfonds speisen (vgl. Ministerio de Defensa Nacional de Chile 1997: 203-205). Die wenigen vorliegenden Daten deuten aber darauf hin, dass diese originär eigenen Einkünfte der Streitkräfte in den letzten Jahren zwischen acht und zwölf Prozent des Gesamtumfangs des Verteidigungshaushalts ausmachten (vgl. Araya/ Seguel 2001: 33-45; Armada de Chile 2003; Radseck 2004: 26); in 2007 sollen sie bei rund neun Prozent liegen (vgl. Kouyoumdijan 2006). Der immer schon hohe, derzeit (2006) aber mit 43 Prozent

---

<sup>1</sup> An dieser Haltung Santiagos, die die eigenen Streitkräfte nicht daran hindert, NATO-Ausrüstungsstandard anzustreben, hat auch eine eigens zur Messung von Verteidigungsausgaben angefertigte „Methodologie“ der CEPAL nichts geändert, die 1999 von den Regierungen Argentiniens und Chiles in Auftrag gegeben worden war. Die in Wissenschaft und Politik als „vertrauensbildende Maßnahme“ gefeierte Studie der UN-Unterorganisation, die unmissverständlich dazu anhält, Mittel für Rüstungsbeschaffungen als Teil der „Basisausgaben“ für Verteidigung auszuweisen und hierzu im Falle Chiles die Einbeziehung der Jahreseinnahmen aus dem Kupfergesetz anstelle der geheimgehaltenen Rüstungsausgaben fordert (vgl. CEPAL 2001: 23-28), ist augenscheinlich ohne jede Wirkung auf die Informationspolitik der chilenischen Regierungen gegenüber internationalen Organisationen geblieben.

außergewöhnlich hohe *off-budget*-Anteil am chilenischen Wehretat (siehe Schaubild 1, alle Schaubilder sind am Ende des Textes abgedruckt) ist deshalb vor allem Ausdruck der – infolge des Höhenfluges der Kupfernotierungen – seit 2003 enorm gestiegenen Zuflüsse basierend auf dem Kupfergesetz.

Tatsächlich hat die Vervierfachung des Kupferpreises in den letzten drei Jahren – mit Spitzenwerten im Mai 2006 von fast vier US\$/ Pfund (bzw. von über 8.500 US\$/ Tonne) – nicht nur den Kupferkonzernen, darunter Weltmarktführer CODELCO,<sup>2</sup> zu immer neuen Rekordeinnahmen verholfen, sondern im Besonderen auch dem chilenischen Militär einen historischen Geldsegen beschert. Mit 2,7 Mrd. US\$ übertreffen die aus dem Kupfergesetz erzielten Erlöse der letzten drei Jahre (2004-2006) bereits heute die Summe aller hieraus in den zehn Jahren zuvor (1994-2003) verzeichneten Einnahmen (siehe Schaubild 2). Allein im vergangenen Jahr (2006) warf die Sondersteuer auf den CODELCO-Umsatz zusätzliche 1,3 Mrd. US\$ für Rüstungsbeschaffungen ab. Dies entsprach einer Zunahme um weitere 70 Prozent zum Vorjahr, nach bereits erfolgten Steigerungen von 40 bzw. 120 Prozent in den Jahren 2005 (780 Mio. US\$) und 2004 (560 Mio. US\$). Selbst bei einem derzeit unwahrscheinlichen starken Rückgang der Kupfernotierungen auf ihr langjähriges Mittel (1979-2003) von ca. 90 US-Cent/ Pfund (bzw. rund 2.000 US\$/ Tonne), könnten die chilenischen Streitkräfte zusätzliche, jährliche Mindesteinkünfte in Höhe von durchschnittlich knapp 400 Mio. US\$ für die laufende Dekade ihr Eigen nennen; sehr viel wahrscheinlicher dürfte, bei einer konservativen Prognose des Kupferpreises für die nächsten drei Jahre von durchschnittlich zwei US\$/ Pfund (vgl. COCHILCO 2007: 18), ein Betrag von im Mittel über 650 Mio. US\$ für den Zeitraum 2001-2010 sein.

Gesetzliche Grundlage für die Sonderbesteuerung des staatseigenen Kupferunternehmens zum Zwecke der Rüstungsbeschaffung ist ein unter dem Namen *Leyes Reservadas del Cobre* geführtes Konvolut von Bestimmungen, die allesamt der Geheimhaltung unterliegen. Ihren Ursprung haben sie in einem 1958 vom chilenischen Kongress verabschiedeten Gesetz (*Ley 13.196*), auch wenn erste Vorläufer für *off-budget*-finanzierte Rüstungskäufe in Chile bis in die 1930er Jahre zurück datieren und das Modell einer an eine Rohstoffrente gekoppelten Modernisierung der chilenischen Streitkräfte sich am Beispiel

---

<sup>2</sup> CODELCO steuert mit einer Jahreskupferproduktion von 1,7 Mio. Tonnen aktuell rund 15% zum globalen Angebot bei. Bis zum Jahr 2015 strebt der Konzern eine Produktionsausweitung auf drei Mio. Tonnen an. Bei dem derzeitigen Fördervolumen sollen die unternehmenseigenen Reserven – es sind die größten weltweit – noch 70 Jahre vorhalten. Allein im vergangenen Jahr erzielte das Unternehmen trotz Produktionsausfällen Überschüsse in Höhe von 9,2 Mrd. US\$ und fuhr damit die höchsten Gewinne vor Steuern in seiner Firmengeschichte wie in der Branche überhaupt ein (vgl. CODELCO 2006: 7ff.; CODELCO 2007). Ein Verkauf des Staatsbetriebs, dessen Marktwert auf 27,5 Mrd. US\$ beziffert wird, steht offiziell nicht an, auch wenn, wie zuletzt im Januar 2007 auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos, einmal mehr entsprechende Kaufofferten an chilenische Regierungsvertreter durch finanzkräftige Investoren herangetragen wurden.

des Salpeters sogar bis in die 1880er Jahre zurückverfolgen lässt (vgl. Guajardo 2001: 49).

Die Verbindung zwischen den Einnahmen aus dem Kupferbergbau und der Rüstungsfinanzierung stellte erstmals ein Gesetz aus dem Jahr 1942 her. Der japanische Angriff auf Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 und die damit einhergehende Ausweitung des II. Weltkriegs auf den Pazifik hatte Chiles politische Klasse kurzfristig für die Belange der – ansonsten systematisch geringgeschätzten und vernachlässigten – Streitkräfte sensibilisiert, allerdings nur dahingehend, dass fortan auch *de jure* die Rüstungsbeschaffung und ihre Finanzierung ausnahmslos der Exekutive und im Besonderen den Militärs selbst überantwortet wurden.<sup>3</sup> Gesetz 7.144 schuf dazu mit dem CONSUDENA (*Consejo Superior de la Defensa Nacional*) ein formelles, *de facto* aus der Führung der Streitkräfte und dem Verteidigungsminister zusammengesetztes Beschluss- und Kontrollgremium<sup>4</sup> und zwang die großen, im Land tätigen Kupferunternehmen dazu, ihre erwirtschafteten Devisen zu einem eigens festgesetzten Wechselkurs umzutauschen. Unmittelbarer Adressat der Differenz zum höheren, amtlichen Wechselkurs war – neben anderen Einnahmen (siehe Schaubild 3) – der CONSUDENA. Das Parlament selbst hatte damit unter Missachtung seines Budgetrechts einem finanziellen Bypass zugestimmt, der öffentliche Gelder, an ihm vorbei, direkt an ein *ad-hoc* geschaffenes Gremium beförderte, in dem die Streitkräfte unter formaler Aufsicht des Verteidigungsministers autonom über Rüstungsbeschaffungen befinden durften und Heer, Marine und Luftwaffe sich quasi wechselseitig kontrollieren sollten. 1955, im Zuge des *Nuevo Trato de Cobre*, versiegte diese Geldquelle; fortan mussten sämtliche Devisen an die chilenische Zentralbank abgeführt werden (vgl. Federación de Trabajadores del Cobre 2005).

Eine neue Geldquelle für die Streitkräfte tat sich keine drei Jahre später auf und knüpfte unmittelbar an den Mechanismus automatisch zugeteilter *extra-budgetary*-Einnahmen aus dem Kupferbergbau an. Im Oktober 1958, nur wenige Tage vor dem verfassungsmäßigen Ausscheiden der Regierung Ibañez, verabschiedete der chilenische Kongress das heute als *Ley Reservada del Cobre* titulierte Gesetz 13.196.<sup>5</sup> Dieses „erste Kupfergesetz“ sprach dem Mili-

---

<sup>3</sup> Bei aller Autonomie der Streitkräfte entschied und entscheidet in Chile letztinstanzlich immer der Staatspräsident über Rüstungskäufe. Werden diese, wie üblich, über Kredite finanziert, ist zudem das Placet des Finanzministers erforderlich.

<sup>4</sup> Dem Gesetz nach gehören dem CONSUDENA die Minister für Verteidigung (Vorsitz), Inneres, Äußeres, Finanzen und Wirtschaft sowie die Chefs von Heer, Marine, Luftwaffe und des Allgemeinen Generalstabs EMDN (*Estado Mayor de la Defensa Nacional*) an.

<sup>5</sup> Gesetz 13.196 wurde am 29.10.1958 verkündet und trat formell mit seiner Veröffentlichung in einem separaten, der Geheimhaltung unterliegenden Annex des amtlichen Gesetzesblattes am 19.11.1958 in Kraft. In diesem Zeitraum hatte sich mit der Übergabe der Präsidentschaft von Carlos Ibañez an Jorge Alessandri am 4.11.1958 der Wechsel an der Staatsspitze vollzogen.

tär zum Zwecke der Beschaffung und Instandhaltung seiner Ausrüstung 15 Prozent der Einnahmen zu, die der Staat aus der Besteuerung (50 Prozent) der aus der Kupferproduktion erzielten Unternehmensgewinne der *Gran Minería del Cobre* bezog. Faktisch war damit eine indirekte Gewinnsteuer in Höhe von 7,5 Prozent begründet, deren Adressat neuerlich der CONSUDE-NA war.

Weil Gesetz 13.196 unter dem Eindruck eines nur wenige Wochen zuvor eskalierten Territorialstreits mit Argentinien um ein unbewohntes Eiland im Beagle-Kanal (Islote Snipe, vgl. Alsina 1998) zustande gekommen war, war es seinerzeit auch als *Ley de Cruceros* in den Volksmund eingegangen. Offenbar musste ein längst ausgearbeiteter Gesetzentwurf der Exekutive den Parlamentariern nur zum richtigen Zeitpunkt vorgelegt werden, um diesen dann, ohne weitere Beratungen oder Änderungen mit Blick auf die „Verwundbarkeiten der Landesverteidigung“ verabschiedet zu bekommen (vgl. Prats 1996: 91). Da unter der Regierung des Ex-Generals Carlos Ibañez (1952-58) das Verteidigungsministerium ausnahmslos von den Militärs selbst, zeitweise sogar in Personalunion mit dem Vorsitz über die Armee geführt wurde (vgl. ebda.: 87-90), spricht alles dafür, dass das *Ley Reservada del Cobre* von den Uniformierten im Alleingang verfasst wurde, wie auch alle seither in Kraft getretenen Änderungsbestimmungen dieses „ersten Kupfergesetzes“ ausnahmslos die Handschrift der Militärs tragen.

Tatsächlich sorgten die Streitkräfte bereits Ende 1973, nur wenige Wochen nach ihrer Machtergreifung vom 11. September, für die erste, einschneidende Modifizierung des Kupfergesetzes: Aus ihrem ursprünglichen Anteil an einer vom Fiskus eingezogenen Abgabe wurde eine direkte und eigens an sie abzuführende Steuer, die statt der Gewinne (mit 7,5 Prozent) fortan die Gesamteinnahmen (mit zehn Prozent) der seit 1971 im Staatsbesitz stehenden Minenunternehmen der *Gran Minería del Cobre*<sup>6</sup> belastete. Quasi über Nacht vervielfachten sich damit die Erlöse aus dem Kupfergesetz: Nominal wurden aus durchschnittlich 19 Mio. US\$ im Zeitraum 1963-1972 rund 130 Mio. US\$ im Schnitt der Jahre 1974-1985, eine Steigerung von annähernd 600 Prozent.

Zu weiteren Änderungen kam es 1976, als per Dekret der Militärjunta (D.L. 1.350, 1.4.1976) die nationale Kupferproduktion unter der Regie des neu gegründeten Staatsunternehmens CODELCO zusammengefasst wurde. Fortan wurden nicht nur die aus dem Verkauf von Kupfer im Ausland erzielten Bruttoeinnahmen des Unternehmens mit zehn Prozent besteuert, sondern auch der Wert der von CODELCO im Ausland getätigten Einlagen. Seit 1985 werden überdies auch solche Einkünfte zur Besteuerung herangezogen, die

---

<sup>6</sup> *Gran Minería del Cobre* = ursprünglich im Besitz von US-Firmen stehende Minenunternehmen, an denen der chilenische Staat 1967 zunächst Mehrheitsanteile erwarb (*chilenización*), bevor sie 1971 unter der Regierung Allende in vollständigen Staatsbesitz (*nacionalización*) übergingen.

das Unternehmen aus dem Verkauf seiner Nebenprodukte im Ausland erzielt. Mit Abstand wichtigstes Nebenprodukt ist das zur Stahlveredelung verwendete Molybdän, das mittlerweile zu rund einem Viertel der Verkaufserlöse von CODELCO beiträgt (vgl. CODELCO 2006: 27).

Neben der sukzessiven Ausweitung der „Steuertatbestände“ nutzten die Streitkräfte die Gründung von CODELCO 1976 auch dazu, die Vertretung ihrer Interessen in dem Staatsunternehmen nebst übergeordnetem Ministerialapparat dauerhaft zu institutionalisieren. In dem siebenköpfigen Unternehmensvorstand sitzt bis heute als „Repräsentant des Staatspräsidenten“ ein General im aktiven Dienst. Er wird abwechselnd von Heer, Marine und Luftwaffe im Rotationsverfahren gestellt, und kassiert hierfür, gleich den anderen Vorstandsmitgliedern, eine jährliche Aufwandsentschädigung im fünfstelligen US\$-Bereich (2005: 43.000 US\$, vgl. CODELCO 2006: 97).<sup>7</sup> Vertreten sind die Uniformierten überdies in der zeitgleich mit CODELCO geschaffenen Kupferkommission COCHILCO (*Comisión Chilena del Cobre*). Die Kommission ist dem Bergbauministerium zugeordnet und wacht u.a. über die Interessen des Staates in seinen Minenunternehmen, legt die Referenzpreise für Kupfer fest und darf Betriebe im Bergbausektor mit Sanktionen belegen, sollten diese ihrer Informationspflicht gegenüber COCHILCO nicht nachkommen. Im obersten Entscheidungsgremium der Kommission sitzt neben den Ministern für Bergbau und Verteidigung und vier weiteren Mitgliedern kein geringerer als der Chef des Allgemeinen Generalstabes EMDN (*Estado Mayor de la Defensa Nacional*). Als *consejeros* streichen sie in Form von Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgeldern allerdings nur rund ein Zehntel dessen ein, was ein CODELCO-Vorstandsmitglied erhält (vgl. D.L. 1349/76, <<http://www.cochilco.cl/cochilco/ley.asp>>).

Analog zu den sprunghaft angestiegenen Einkünften aus dem Kupfergesetz war von den Streitkräften Ende 1973 auch der bereits im ursprünglichen Gesetzestext garantierte Mindestbetrag von 8,5 Mio. US\$ auf mehr als das Zehnfache (90 Mio. US\$) angehoben worden. 1985 verdoppelten die Militärs dieses Minimum weiter auf 180 Mio. US\$ und indexierten es. Seitdem ist dieser Sockel jährlich um den Betrag der Inflationsrate in den USA zu korrigieren;<sup>8</sup> derzeit dürfte er bei geschätzten 250 Mio. US\$ liegen. Spülen die Gelder aus dem Kupfergesetz weniger in die Kassen der Uniformierten, hat der Fiskus für die Differenz aufzukommen. Es wird dann ein eigens dafür

---

<sup>7</sup> Ein Entwurf aus dem Finanzministerium vom Februar 2007 sieht vor, die Führungsriege von CODELCO zu professionalisieren, um den Staatskonzern „besser, effizienter und transparenter“ zu machen. Damit würden die Streitkräfte ihren Vertreter im Vorstand verlieren (vgl. *La Nación*, Santiago, 9.2.2007).

<sup>8</sup> In der Vergangenheit wurde der Sockelbetrag offenbar nur dann inflationsbereinigt, wenn dies zu einer „Anpassung nach oben“ führte. So blieb eine entsprechende Korrektur in den Jahren 1987 und 1988 aus, als in den USA Deflation herrschte (vgl. Villar 1992: 119).

eingerrichteter Haushaltstitel (*Diferencias Ley 13.196*) des staatlichen Schatzamtes (*Tesorería General de la República*) damit entsprechend belastet (vgl. Pattillo 2003: 108). Dies war zuletzt in den Jahren 1986 und 1987 sowie 1993 und 1998 der Fall, als der niedrige Kupferpreis den Fiskus zu Ausgleichszahlungen zwang (vgl. Villar 1992: 119; Vera Nova 2002: 3).

Führen umgekehrt hohe Kupferpreise zu relativen Mehreinnahmen, verbleiben diese bei den Streitkräften. So kennt das Kupfergesetz zwar garantierte Sockelbeträge, aber kein Maximum. Überschüsse werden deshalb nicht an den Fiskus zurückgezahlt, sondern seit 1985 nach einem festen Verwendungsschlüssel unter den Teilstreitkräften aufgeteilt. Gestützt auf ein der Geheimhaltung unterliegendes Gutachten des Obersten Rechnungshofes (*Contraloría General de la República*) vom Dezember 2002<sup>9</sup> gelang es der Regierung zuletzt jedoch in geheimen Verhandlungen mit der Streitkräfteführung, neben den Konten der drei Teilstreitkräfte und des CONSUDENA einen fünften Topf einzurichten, in den seither die Überschüsse fließen. Über deren Verwendung entscheidet der Verteidigungsminister seither maßgeblich mit (vgl. González 2004), wie überhaupt ein neuartiges Evaluierungssystem fortan die Rolle des Ministeriums im Entscheidungsprozess von Rüstungskäufen stärken soll (vgl. Ministerio de Defensa Nacional de Chile 2006). Allerdings steht und fällt ein solcher Bedeutungszuwachs mit der technischen Expertise im Verteidigungsministerium, die solange als nicht gegeben vorausgesetzt werden kann, wie das Ressort nicht institutionell und personell neu aufgestellt ist. Ein entsprechender Reformentwurf, dessen Ausarbeitung ein Jahrzehnt in Anspruch genommen hat (vgl. Radseck 2005: 192), harrt seit fast zwei Jahren der Verabschiedung durch das Parlament (vgl. Malamud 2007).

### 3.2. Der ecuadorianische Fondo de Defensa Nacional

Ecuadors Rüstungsfonds geht zurück auf das Jahr 1972, als das Land unter der Militärdiktatur von General Guillermo Rodríguez Lara die Erdölförderung aufnahm (vgl. Cabezas 1974: 30f.). Bis heute weitgehend unbekannt sind die gesetzlichen Grundlagen des Fonds ebenso wie sein Finanzierungsmodus; mehr noch trifft dies auf seine Funktionsweise und Ausgabenpraxis zu. Insgesamt

<sup>9</sup> Das von der Regierung Lagos in Auftrag gegebene Gutachten soll zu dem Schluss gelangt sein, dass unbeschadet der Aufteilung der Gelder auf die einzelnen Konten von Heer, Marine und Luftwaffe „jedes Rüstungsprojekt, gleich welcher Teilstreitkraft und ohne Unterschied, mit den aus dem Kupfergesetz stammenden Erlösen finanziert werden darf“ (zit. nach Ministerio de Defensa Nacional de Chile 2006: 9). Im Klartext: Die von den Militärs 1973 vorgenommene Drittelaufteilung der Einnahmen berührt nicht die Befugnis des CONSUDENA, über die Mittel in ihrer Gesamtheit entscheiden zu dürfen. Damit war dem CONSUDENA und, wichtiger noch, dem ihm vorstehenden Verteidigungsminister wieder ein Stück weit das an Kompetenz zugesprochen worden, das ihm unter dem Militärregime zugunsten der finanziellen Autonomie der Teilstreitkräfte sukzessive genommen worden war (vgl. Schaubild 3).

samt reiht sich damit die *black box* des *Fondo de Defensa Nacional* (FDN) in das äußerst intransparente Ressourcenmanagement des Landes ein, vor dem auch eine Weltbankstudie zur Verteilung und Verwendung der Öleinnahmen jüngst mit der Feststellung kapitulierte: „Die Verwaltung der Ölerlöse [in Ecuador, Anm. d. Verf.] ist seit den Anfängen in den 70er Jahren Objekt eines unangemessenen und politischen Umgangs, der die Einnahme und Verteilung der Mittel im Lauf der Jahre zu einem wahren Labyrinth hat werden lassen“ (ESMAP 2005: 109f.).

Unklar ist insbesondere auch, ob und in welcher Form der FDN weiterhin funktioniert. Die wenigen Angaben hierzu sind nicht nur unvollständig, sondern überdies widersprüchlich. Offiziell galt die von den Streitkräften seinerzeit selbst festgesetzte Laufzeit für die Finanzierung ihres Rüstungsfonds durch fixe Anteile an den staatlichen Öleinnahmen mit dem Jahr 2000 als verstrichen (vgl. García 2004). Andere Quellen berichten davon, dass das Militär bereits 1995 von dieser Quelle abgenabelt werden sollte, der kurze Krieg mit Peru (26.1.-28.2.1995) dann aber dazu führte, dass der Kongress den Streitkräften Öleinkünfte für die nächsten 15 Jahre, also bis 2010, garantiert hätte (vgl. Marcella 1995). Demgegenüber wollen die Autoren der bereits zitierten Weltbankstudie in Erfahrung gebracht haben, dass die „bedeutenden Zuweisungen, welche die Streitkräfte aus den Öleinnahmen erhalten, mit Wirkung zum Jahr 2003 eingestellt sind“ (ESMAP 2005: 88).

Gegen letztere Behauptung sprechen allerdings selbst offizielle Daten der ecuadorianischen Regierung für die Jahre 2004-2006. Ebenso wie die entsprechenden Haushaltsgesetze weist auch das jüngste verteidigungspolitische Weissbuch (vgl. Ministerio de Defensa Nacional 2006) weiterhin einen Haushaltsposten für die sogenannte Verteidigungsjunta HJDN (*Honorable Junta de Defensa Nacional*) aus (siehe Schaubild 4), die in Ecuador als „autonome Institution“ mit „der Verwaltung der Gelder zur Rüstungsbeschaffung“ betraut ist. Der altehrwürdigen, seit 1949 bestehenden HJDN gehören formell neben dem Staatspräsidenten, den Ministern für Verteidigung, Wirtschaft und Äußeres sowie der Streitkräfteführung auch die Präsidenten von Oberstem Gerichtshof, Rechnungshof und Zentralbank sowie der Erzbischof von Quito an.<sup>10</sup> Ihrem kirchlichen Beistand zum Trotz ist über die Funktionsweise der HJDN gänzlich nichts bekannt. Diese unterliegt, ebenso wie die Gelder, die sie verwaltet, „striker Geheimhaltung“ (vgl. García 2004).

Als einzig gesichert kann somit nur gelten, dass alle Versuche der Regierungen, das Ende der Zahlungen in die Praxis umzusetzen, an der Forderung der Streitkräfte und des Kongresses gescheitert sind, entsprechende Kompen-

---

<sup>10</sup> Ursprünglich gehörte der HJDN auch ein Vertreter des Kongresses an. Dieser Sitz war unter den Abgeordneten immer sehr umstritten, „nicht um sie [die HJDN, Anm. d. Verf.] zu kontrollieren, sondern um Zugang zu den Dividenden der Korruption zu haben“ (Rivera, zit.n. Bosch 2006: 6).

sationsmechanismen einzuführen. Abgesehen davon finanziert sich das Militär in Ecuador, das eine Vielzahl an verteidigungsfremden Unternehmen unterhält,<sup>11</sup> auch gerne selbst. So wurden im Jahr 2005 geheime Verträge der meisten Ölkonzerne mit der Armee bekannt, in denen diese sich zu einer Schutzfunktion für die privaten Unternehmen verpflichtet hatte und dazu, protestierende indigene Amazonas-Bewohner von den Förderanlagen fernzuhalten und gegebenenfalls festzunehmen.

### 3.3. Der peruanische Fondo para las Fuerzas Armadas y Policía Nacional

Neben Chile und Ecuador besitzt seit dem 1. Januar 2005 auch Peru einen *off-budget*-finanzierten Rüstungsfonds. Der *Fondo para las Fuerzas Armadas y Policía Nacional* speist sich mit Einnahmen aus dem Verkauf von Erdgas, das seit August 2004 aus den Camisea-Feldern im Amazonas gefördert wird. Bis zum Jahr 2025 sollen auf diese Weise zusätzliche 1,2 Mrd. US\$ für den Kauf von Rüstungsgütern sowie zu deren Modernisierung, Reparatur und Unterhalt zur Verfügung stehen (siehe Schaubild 5). Erklärtes Ziel der Rüstungsbeschaffungen ist es, „das strategische Gleichgewicht mit Chile herzustellen“. In einem ersten Schritt soll hierzu die „militärische Einsatzfähigkeit wiedererlangt“ werden (Plan Estratégico 2005-2021, zit. nach La República, Lima, 3.1.2006), ein Zustand, der nach offizieller Darstellung infolge der stark erneuerungs- und reparaturbedürftigen Ausrüstung derzeit nur mit Einschränkungen gegeben ist und von den Uniformierten seit Jahren beklagt wird.

Mehr als die tatsächlichen oder vermeintlichen Ausrüstungsmängel waren es die Rüstungsfonds bei den Nachbarn im Norden wie im Süden, die maßgebliche Argumentationshilfe leisteten, um einen solchen Mechanismus zur Rüstungsfinanzierung rechtzeitig mit der Aufnahme der Erdgasförderung auch in Peru einzurichten (vgl. Robles 2006a: 40). Nicht nur hält Lima gegen beide Anrainer weiterhin Konflikt- und Kriegshypothesen aufrecht.<sup>12</sup> Mehr noch hatte eine im Mai 2004 offiziell lancierte Studie zur peruanischen Verteidigungsökonomie unmissverständlich darauf hingewiesen, dass „im Unterschied zu unseren Nachbarn, wie im Falle Chiles mittels des *Ley Reservada del Cobre* und Ecuadors mittels der Erdölsteuer, die Streitkräfte Perus über keinen

<sup>11</sup> Neben ihren Einnahmen aus dem staatlichen Ölgeschäft verfügen Ecuadors Streitkräfte mit ihrer Beteiligung an Bergbauunternehmen, Banken, Hotelbetrieben, Fluggesellschaften, etc. über zahlreiche weitere Einkommensquellen (vgl. Ministerio de Defensa Nacional 2002: 199, 219-221). Der Anteil dieser Einnahmen wird auf bis zu 20 Prozent am gesamten Verteidigungset geschätzt.

<sup>12</sup> Peruanische Regierungsvertreter sehen ihre Streitkräfte regelmäßig „für einen eventuellen bewaffneten Konflikt mit Chile“ gerüstet, so zuletzt Verteidigungsminister Roberto Chiabra im Juli 2004. Zu den wechselseitigen, anachronistisch anmutenden chilenisch-peruanischen Konflikt-hypothesen, vgl. Kahhat 2006: 10ff.

Mechanismus von *off-budget*-Einnahmen ... als Produkt der Ausbeutung natürlicher und nicht erneuerbaren Ressourcen (verfügen)“ (Palomino 2004: 154). Der Autor, ein Marineoffizier und Chef der Haushaltsabteilung im Verteidigungsministerium, hielt es „deshalb [für] unumgänglich und unaufschiebbar über die Einführung einer Steuer für die Landesverteidigung zu debattieren“ und schlug vor, „die Steuern auf die Erdgasproduktion in Camisea ... als Einnahmen für die Schaffung eines neuen Fonds zu verwenden“ (ebda.).

Namentlich die stark steigenden Erlöse aus dem Kupfergesetz in Chile mussten den Streitkräften in Peru bei diesem Unterfangen in die Hände spielen. Als besonders hilfreich erwies sich die eigene Sensationspresse, die den Erwerb moderner und in Reichweite der Landesgrenzen zu Peru stationierter Waffensysteme – darunter deutsche Kampfpanzer der Typen Leopard 1 und 2 sowie US-Kampfflugzeuge vom Typ F-16 – zur vitalen Bedrohung bis hin zu einem kriegerischen Akt der chilenischen Streitkräfte hochspielte. Nützlich waren aber auch Stimmen aus Argentinien, Bolivien und Brasilien, die zunehmend Unverständnis und Sorge über das hierdurch aus dem Lot geratene „militärische und strategische Gleichgewicht in der Region“ äußerten. Dazu gesellte sich die glückliche Fügung, in Verteidigungsminister Roberto Chiabra, seines Zeichens vormaliger Armeechef, seit Dezember 2003 einen Sachverwalter *par excellence* in der Regierung zu haben. Chiabra wusste sich von Anfang nicht nur gegen Widerstände seiner Kabinettskollegen durchzusetzen, sondern verstand auch Staatspräsident und Parteifreund Alejandro Toledo für die spezifischen Belange der Streitkräfte einzunehmen. Dass es dem Militär just unter der Präsidentschaft Toledos gelingen würde, erstmals einen Rüstungsfonds einzurichten – ein 1989 aus der Taufe gehobener *Fondo de Defensa Nacional* war unter Fujimori nicht fortgeführt worden (vgl. Palomino 2004: 153f.) – gehört gleichwohl zu den Überraschungen einer Regierung, die sich bei ihrem Amtsantritt im Juli 2001 noch für ein Rüstungsmoratorium stark gemacht und sich ganz dem Kampf gegen die Armut verschrieben hatte.

Gesetzliche Grundlage des peruanischen Rüstungsfonds ist *Ley 28.455*, das der Kongress im Dezember 2004 verabschiedete. Es gilt als „größte Konzession der politischen Klasse an das Militär“ (Tamayo 2006: 150) seit dem Ende der Ära Fujimori (1990-2000). Ein entsprechender Gesetzentwurf der Regierung war nur wenige Wochen zuvor angekündigt und sodann in Rekordzeit von den Volksvertretern gebilligt worden (siehe Schaubild 6). Zu einer breiteren, öffentlichen Diskussion über den Sinn und Zweck eines solchen Fonds war es damit erst gar nicht gekommen. Auch die Debatte im Kongress hatte sich im Wesentlichen einzig auf die Aufteilung der Mittel beschränkt. Insbesondere war darüber gestritten worden, ob die Gelder, wie am Ende mehrheitlich verabschiedet, unter Polizei, Armee, Marine und Luft-

waffe gleichmäßig aufgeteilt oder ob die Polizei weniger Mittel, wie im Gesetzentwurf ursprünglich vorgesehen, erhalten sollte (vgl. ebda.: 144f.).<sup>13</sup>

Die *nonbalance*, mit der die peruanische Legislative sich über begründete Zweifel an der Notwendigkeit eines *off-budget*-finanzierten Rüstungsfonds hinwegsetzte, mag auf den ersten Blick umso mehr erstaunen als künftige Waffenkäufe nicht nur das in Peru immer hochgehaltene Haushaltsprinzip der sachlichen Einheit und Vollständigkeit verletzen, sondern in letzter Konsequenz auch das Budgetrecht des Kongresses untergraben. Allerdings ist dabei in Rechnung zu stellen, dass dieses „vornehmste Recht“ des Parlaments im Falle des Verteidigungshaushaltes immer nur unzureichend ausgeübt wurde, und der Selbstverzicht bei der Rüstungsfinanzierung deshalb umso leichter fallen musste. Tatsache ist, dass der Kongress weder an den eigenen Einnahmen der Streitkräfte je Anstoß genommen hat<sup>14</sup> noch jemals von seiner Praxis abgewichen ist, den Verteidigungsetat regelmäßig nur durchzuwinken und diesen maßgeblich von den Streitkräften selbst im Zusammenspiel mit dem Finanzministerium zusammenstellen zu lassen.

Beide Momente erklären mit, wie es zu einem Haushalt kommen kann, der mittlerweile zu über 98 Prozent aus Personal- und Betriebskosten besteht und in dem investive Mittel zur Erneuerung von Ausrüstung keinen Platz mehr haben (vgl. Robles 2006b: 214-224). Seit Jahrzehnten ist es in Peru deshalb gängige Praxis, Rüstungsbeschaffungen außerhalb des regulären Verteidigungshaushaltes über Kredite zu finanzieren (vgl. Fanger 2005: 455-458). Das Instrument der vom Kongress hierzu jährlich verabschiedeten *Leyes Endudamiento Externo para la Defensa Nacional* sah im Zeitraum 1989-2003 zusätzliche Gelder für das Militär in Höhe von nominal bis zu zwei Mrd. US\$ vor. Von diesen bewilligte das Finanz- und Wirtschaftsministerium unter Hinweis auf die allgemeine Haushaltslage allerdings nur rund 120 Mio. US\$, zuletzt um auf diese Weise den Kauf zweier Fregatten vom Typ Lupo aus Italien zu

<sup>13</sup> Die Ausrüstung für Polizei und Streitkräfte über einen gemeinsamen Topf zu finanzieren, hat in Peru Tradition. Vom Finanzministerium hierzu eigens gewährte Kredite verfahren seit Jahren nach demselben Schema, unbeschadet des damit einhergehenden Verteilungskampfes zwischen Innen- und Verteidigungsministerium (vgl. Palomino 2004: 147-149). Den Parlamentariern kann diese gemeinsame Behandlung solange kein Kopfzerbrechen bereiten, wie sie selbst permanent Themen der Verteidigung mit solchen der Inneren Sicherheit, dem Nachrichtenwesen und der Drogenbekämpfung miteinander verquicken, ablesbar u.a. am Zuschnitt ihres Verteidigungsausschusses (*Comisión de Defensa Nacional, Orden Interno, Inteligencia, Desarrollo Alternativo y Lucha contra las Drogas*). Solcherart aufgeblähte Verteidigungsausschüsse kontrollieren am Ende gar nichts, sondern haben zuvorderst eine zeremonielle und eine Medienfunktion (vgl. Alegría o.J.).

<sup>14</sup> Die militäreigenen Einnahmen steuerten zuletzt (2003-2005) zwischen acht und elf Prozent zum gesamten Verteidigungsetat in Peru bei (vgl. Robles 2006b: 227f.). In ihrer relativen Größenordnung sind sie damit mit denen der chilenischen Militärs vergleichbar. Im Falle Perus scheinen jedoch die Einkünfte der Streitkräfte aus Miete und Pacht ihres umfangreichen Grundstücks- und Immobilienbesitzes eine größere Rolle zu spielen. Vor diesem Hintergrund war regelmäßig erwogen worden, Rüstungskäufe aus dem (einmaligen) Verkauf dieser Liegenschaften zu finanzieren.

finanzieren (vgl. Palomino 2004: 147-151). Eigentlicher Gegenspieler der peruanischen Streitkräfte bei der Alimentierung ihres Haushalts im Allgemeinen und der Rüstungsfinanzierung im Besonderen war in der Vergangenheit somit keineswegs der Kongress als vielmehr das Finanzministerium. So gesehen hat das Parlament, von dem das Militär im Hinblick auf seinen Etat nichts zu befürchten, aber auch nichts zu erwarten hat, mit seinem Placet zur Schaffung eines Rüstungsfonds nicht nur sich selbst weiter geschwächt, sondern wichtige Schützenhilfe dazu geleistet, dass die Streitkräfte ihre finanzielle Autonomie nun auch gegenüber der eigenen Regierung maßgeblich ausbauen können.

Wie dem Missbrauch der Gelder aus dem Rüstungsfonds angesichts der grassierenden Korruption in den peruanischen Streitkräften und den in der Vergangenheit bei jedem größeren Waffenkauf erfolgten Schmiergeldzahlungen künftig effektiv vorgebeugt werden soll, muss ein Rätsel bleiben. So ist für Außenstehende weder nachvollziehbar, wieviel Geld in den Fonds und auf welche Konten eingespeist wird, noch wieviel hiervon ausgegeben und konkret für welchen Waffenkauf oder möglicherweise für andere Zwecke verwendet wird. Gesetz 28.455 sieht außer einer rein administrativen Kontrolle durch den Obersten Rechnungshof die Schaffung eines *Comité de Administración* vor, das, hochkarätig mit Regierungsvertretern besetzt,<sup>15</sup> nach außen hin den Anschein erweckt, hier würde eine politische Kontrolle über die aus dem Fonds finanzierten Waffenkäufe stattfinden. In Wahrheit ist das Komitee, getreu seinem Namen, eine rein administrative Instanz, deren Kompetenz sich darin erschöpft, die Gelder des Fonds formell für bereits bewilligte Beschaffungsvorhaben zuzuweisen.

Die Entscheidung darüber, was und in welchem Umfang an Waffen gekauft wird, fällt weit im Vorfeld, wenn der sogenannte Verteidigungsrat CODENA (*Consejo de Defensa Nacional*) unter maßgeblicher Mitwirkung der Streitkräfteführung hierüber beschließt.<sup>16</sup> Am CODENA liegt es auch, dem Verteidigungsausschuss des Kongresses „zur Erfüllung seiner Kontrollaufgabe alle notwendigen Informationen in vertraulicher Form bereitzustellen“ (*Ley 28.455, Art. 8*). Wie effektiv das Parlament den Rüstungsfonds wird kontrollieren können, den Willen der Legislative hierzu vorausgesetzt, steht und fällt

---

<sup>15</sup> Dem Wortlaut des Gesetzes nach, vgl. *Ley 28.445, Art. 6*, gehören dem *Comité de Administración* der Vorsitzende des Ministerrats (Vorsitz) sowie die Minister für Äußeres, Inneres, Verteidigung und Wirtschaft/ Finanzen an.

<sup>16</sup> Neben dem Staatspräsidenten (Vorsitz) sitzen im CODENA mit Sitz und Stimme die Minister für Äußeres, Inneres, Verteidigung und Wirtschaft/ Finanzen, der Leiter der nationalen Nachrichtendienstbehörde sowie der Chef des Gemeinsamen Streitkräftekommandos CCFFAA (*Comando Conjunto de las Fuerzas Armadas*), ein Vier-Sterne-General im aktiven Dienst. Nicht das Verteidigungsministerium, sondern das CCFFAA bildet zusammen mit den Oberkommandos der Teilstreitkräfte das eigentliche Macht- und Entscheidungszentrum im peruanischen Wehrwesen.

auf diese Weise damit, was die Regierung – und damit in letzter Instanz die Streitkräfte selbst – nach ihrem Ermessen an Informationen hierzu als nötig erachten.

#### 4. Wirkungsanalyse ressourcenfinanzierter Rüstungsfonds

Aus Rohstoff Erlösen bezahlte Waffen zeitigen *per se* nicht andere Wirkungen als aus Konsumsteuern oder über ausländische Militärhilfe finanzierte Rüstungskäufe. Ein Kampfflugzeug oder ein U-Boot besitzt nicht deshalb eine größere Abschreckung, nur weil es aus dem Verkauf von Erdgas, Kupfer oder Erdöl finanziert ist. Ihre besondere Wirkung entfalten ressourcenfinanzierte Waffenkäufe erst im Zusammenspiel mit den spezifischen Merkmalen bestehender Rüstungsfonds sowie weiteren Kontextfaktoren. In Südamerika zählen die besondere Art und Weise der Rüstungsfinanzierung dazu, ebenso wie die hohe Intransparenz des Verteidigungssektors und, wenn auch abgestuft, die ausgeprägte Autonomie der (Teil-)Streitkräfte in Fragen der Rüstungsbeschaffung und -planung. Von Waffenkäufen in Südamerika muss deshalb vor allem dort eine besonders destabilisierende Wirkung ausgehen, wo sich diese drei Faktoren, zumal unter den Bedingungen anhaltend hoher Rohstoff Erlöse, wechselseitig noch verstärken.

Wie schwierig es ist, auf diesen Verstärkereffekt dämpfend einzuwirken, zeigen die vergeblichen Bemühungen der Regierung in Santiago, mit Rücksicht auf die Empfindlichkeiten der Nachbarn, nicht den Eindruck entstehen zu lassen, die chilenischen Streitkräfte rüsteten sich nach Lust und Laune auf. Die These von der legitimen Modernisierung der Militärs in einem Land aufrechtzuerhalten, das seit Jahrzehnten die mit Abstand höchsten Verteidigungsausgaben verzeichnet (siehe Schaubild 7) und dessen Waffenkäufe nicht nur einen mehrfachen qualitativen Quantensprung, sondern faktisch eine einseitige Aufrüstung bedeuten (siehe Schaubild 8), wird deshalb immer unglaubwürdiger. Als *worst-case*-Szenario müsste das „Umschlagen“ in ein ressourcenfinanziertes Wettrüsten gelten, insbesondere dort, wo sich offene oder auch nur verdeckte Ressourcen-, Grenz-, und Territorialkonflikte mit tradierten Feindbildern und überkommen geglaubten Kriegshypothesen überlappen.<sup>17</sup>

---

<sup>17</sup> Grenzkonflikte bestehen derzeit u.a. zwischen Chile und Peru, Territorialkonflikte zwischen Bolivien und Chile, potentielle Ressourcenkonflikte tun sich mit den vorhandenen Süßwasservorräten auf, so jedenfalls die Sicht argentinischer, bolivianischer und peruanischer Militärs.

#### 4.1. Der Modus der Rüstungsfinanzierung

Die Art und Weise, wie Waffen in den untersuchten Fällen Chile, Ecuador und Peru finanziert werden, zeitigt zahlreiche „Kollateralschäden“. *Off-budget*-finanzierte Rüstungsfonds, die sich in Form eines Bypass, am Verteidigungs- und Gesamthaushalt vorbei, direkt mit Ressourcenerlösen speisen, verletzen nicht nur die in einem demokratischen Rechtsstaat bei der Aufstellung und Bewirtschaftung eines Etats geltenden Haushaltsgrundsätze (Öffentlichkeit, sachliche Einheit, Vollständigkeit, Klarheit, Grundsatz der zeitlichen Bindung), sondern unterminieren auch das Budgetrecht der Legislative. Dieses Steuerungsinstrument beraubt, werden die Parlamente der Verantwortung entbunden, mit der Entscheidung und der Kontrolle über Art und Umfang von Waffenkäufen ihren Anteil an der Durchsetzung des Primats der Politik über das Militär zu leisten. Weil entsprechende Beraterdienste erst gar nicht angefordert, da nicht benötigt werden, wird auch kein Beitrag zum Aufbau und zur Verstärkung ziviler Expertise geleistet. Umgekehrt führen die mangelnde Fachkenntnis und die Ohnmacht in den Parlamenten oft zu deren Geringschätzung durch die Streitkräfte, für die es schon aus wohlverstandem Eigeninteresse keinen Grund gibt, ihr Herrschaftswissen mit den Volksvertretern zu teilen.

*Off-budget* finanzierte Waffenkäufe laufen somit insgesamt einer Stärkung der parlamentarischen und zivilgesellschaftlichen Komponente bei der Kontrolle des Rüstungssektors zuwider. Mehr noch schaffen sie ein gerade im benachbarten Ausland stark perzipiertes Legitimitätsdefizit, das dazu führt, dass die von (Offensiv-)Waffen ausgehende Bedrohung als umso größer empfunden wird, je ungenügender die Rüstungskäufe durch demokratische (Mehrheits-)Entscheidungen des Parlaments legitimiert sind.

Neben der *off-budget*-Finanzierung zeichnen drei weitere Finanzierungsmerkmale die südamerikanischen Rüstungsfonds aus (siehe Schaubild 9): Zum ersten erfolgt die Einspeisung der Gelder durchweg direkt und automatisch, ohne dass ein politischer Konsens oder auch nur Klarheit darüber herrschte, mit welchem Ziel diese zweckgebundenen Mittel eingesetzt werden sollen. Mittel und Ziele werden solcherart gänzlich entkoppelt, das Erstellen glaubhafter Bedrohungsszenarien unterminiert,<sup>18</sup> und die Rüstungs- und Verteidigungspolitik zu anderen Politikfeldern (Außenpolitik, Außenwirtschaftspolitik) zusehens inkohärent. In der Summe muss ein solcher Automatismus

---

<sup>18</sup> Ein Indiz hierfür ist die Entwicklung der chilenischen Militärausgaben, die, wenn überhaupt, immer erst im Nachklang an zwischenstaatliche Spannungen und perzipierte Bedrohungen, so 1974 mit Peru, so 1978 mit Argentinien, angestiegen sind (vgl. Varas/ Fuentes 1994: 73). Der Verteidigungshaushalt in Chile wie andernorts in Südamerika ist bestimmt von historischen Kriterien der Zuteilung, weil Bedrohungsanalysen schlicht fehlen bzw. keinen Niederschlag in der Allokation der Mittel finden.

damit auch – und weit über das Feld der Rüstungspolitik hinaus – Misstrauen im Ausland und mehr noch unter den unmittelbaren Anrainern säen.

Zum zweiten fließen die Mittel durchgängig auf der Basis fixer Prozentsätze und nicht in Form fester, indexierter Summen. Nur letzteres machte wegen der Volatilität der Rohstoffpreise gerade im Hinblick auf die von den Streitkräften gerne ins Feld geführte Planungssicherheit überhaupt Sinn. Ersteres unterwirft die Rüstungsplanung der völlig anders gearteten Logik der internationalen Rohstoffmärkte. Hinzu kommt, dass mit dieser Art der Mittelallokation dem Außenstehenden verborgen bleibt, welche Summen Jahr für Jahr in die betreffenden Rüstungsfonds effektiv eingespeist werden – auch dies ein Aspekt, der die zwischenstaatliche Vertrauensbildung unterminieren muss.

Mit dem Erheben gewinnunabhängiger Steuern auf die Bruttoeinnahmen respektive Verkaufserlöse ausgesuchter Minen-, Öl- und Gaskonzerne ist auf ein drittes Finanzierungsmerkmal der Rüstungsfonds in Chile, Ecuador und Peru hingewiesen. Im Einzelfall vermag diese Art der Sonderbesteuerung die Zahlungsbilanz eines Unternehmens ganz erheblich belasten,<sup>19</sup> immer aber wirkt sie wettbewerbsverzerrend. Dazu kommt, dass sie der Ausweitung der Geschäftstätigkeit dieser Konzerne über die Landesgrenzen hinaus im Wege steht und damit Bemühungen konterkariert, die Region wirtschaftlich stärker zu integrieren. So hat etwa das Kupfergesetz bislang jedwedes Engagement von CODELCO in Peru verhindert.

#### **4.2. Die (In-)Transparenz des Rüstungssektors**

Die skizzierten Wirkungen ressourcenfinanzierter Rüstungsfonds in Südamerika (Schwächung und Geringschätzung der Parlamente, Verletzung elementarer Haushalts- und Rechtsstaatsprinzipien, Unterminierung des Primats der Politik über das Militär, Schaffung von Misstrauen im Ausland, Potenzierung von Bedrohungen) müssen sich in dem Maße verstärken wie selbst grundlegende Daten zur Rüstungsfinanzierung und -beschaffung unter Verschluss gehalten werden. Dabei trägt der Umfang dessen, was der Geheimhaltung unterliegt, im Falle des chilenischen und ecuadorianischen Rüstungssektors nachgerade pathologische Züge (siehe Schaubild 10). Er reicht in Quito und Santiago vom Wortlaut der Gesetzestexte (einschließlich etwaiger Gutachten, Berichte und Reformvorschläge) über die Höhe und Struktur der Einnahmen

---

<sup>19</sup> Im Falle von CODELCO zehren die Zahlungen an die Streitkräfte bei niedrigen Kupferpreisen bis zu zwei Drittel des Unternehmensgewinns vor Steuern auf und liegen dann bei einem Mehrfachen dessen, was der Konzern an Einkommensteuer und anderen Abgaben an den Fiskus abzuführen hat. Diese Sonderbelastung zwang CODELCO als das rentableste Unternehmen seiner Branche paradoxerweise 1999 erstmals dazu, sich die nötige Liquidität für dringend erforderliche Investitionen an den internationalen Kapitalmärkten zu verschaffen.

respektive Ausgaben (Zinseinkünfte, etwaige Ausgleichszahlungen, Tilgung von Krediten) bis hin zu den Kaufverträgen und Regierungsdekreten, die den Mittelabfluss genehmigen und die weder einer Gegenzeichnung noch einer Rechtsprüfung bedürfen. Der chronische Informationsmangel muss nicht nur jede fundierte Debatte im Inland über etwaige Reformen der Rüstungsfonds bereits im Keim ersticken; er lässt darüber hinaus auch im Ausland jede Menge Raum für Fehl- und Überinterpretationen.

Die mangelhafte Transparenz des Rüstungssektors strahlt aber auch auf andere Bereiche aus. Da die *off-budget*-Mittel aus den Rüstungsfonds in aller Regel weder in den Haushalts- und Finanzstatistiken ausgewiesen werden<sup>20</sup> und im Besonderen kreditfinanzierte Großwaffenkäufe nicht in die amtlichen Schuldenstatistiken einfließen, geben diese Daten oft ein verfälschtes Bild vom Anteil, den Rüstungskredite an der Außenverschuldung ausmachen. Mangelnde Informationen über die Höhe der von den Streitkräften aufgenommenen Kredite aber sorgen nicht nur für Unwägbarkeiten bei der Berechnung des Schuldendienstes des Landes (vgl. International Monetary Fund 2003: 28), sondern verdecken auch den im Falle Chiles und Peru nachgewiesenen unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Höhe der Militärausgaben und der Gesamtverschuldung (vgl. Dunne/ Perlo-Freeman/ Soydan 2004: 184; Fanger 1995: 455-458).

Dazu kommt: Wo sich die Kontrolle derart intransparenter Rüstungsfonds auf die administrative Supervision durch die Rechnungshöfe beschränkt, muss sich in einem ohnehin für Schmiergeldzahlungen hochanfälligen Sektor der Korruption und dem Waffenschmuggel Tür und Tor öffnen. Rüstungs- und Munitionslieferungen aus Chile an Kroatien (1991) und Ecuador (1995) haben nicht nur gegen Waffenembargos der Vereinten Nationen verstoßen, sondern bei dem Versuch, die Hintermänner unter der Generalität hierfür zur Verantwortung zu ziehen, auch die kriminelle Energie in der chilenischen und ecuadorianischen Armee sichtbar werden lassen.

Schließlich tragen auch die undurchsichtigen Verfahren der Entscheidungsfindung maßgeblich zur Intransparenz im Rüstungssektor bei. So scheint dem Militär in Chile unter der Regierung Lagos das erste Mal seit Verabschiedung des Kupfergesetzes im Jahr 1958 ein Stück finanzieller Autonomie abgetrotzt worden zu sein, ohne dass sich damit jedoch die intransparenten Bedingungen und undemokratischen Verfahren geändert hätten, unter denen sich derartige Neuerungen seit jeher vollziehen und die am Ende immer noch mehr Fragezeichen hinterlassen. Anders als in früheren Jahren ist nun auch unklar, ob und in welchem Umfang vorhandene Mehreinnahmen aus dem Kupfergesetz künftig zur Finanzierung von Blauhelmeinsätzen ver-

---

<sup>20</sup> Im Falle Chiles lässt der offiziell ausgewiesene Anteil von CODELCO an den Staatseinnahmen und am BIP die Zuflüsse an die Streitkräfte unberücksichtigt (vgl. MIDEPLAN 2005: 174).

wendet werden dürfen bzw. in der Vergangenheit bereits verwandt wurden<sup>21</sup> und ob sogenannte *offset*-Geschäfte – Kompensationsgeschäfte, die im Gegenzug eines Rüstungsdeals dem Käufer auch einen zivilen Nutzen bringen sollen und die in Chile als technologischer Input für die Industrie angedacht sind – *ad-hoc*-Charakter haben oder künftig bei jedem Waffenkauf zur Anwendung kommen sollen.

### 4.3. Die Autonomie der (Teil-)Streitkräfte

Die Autonomie südamerikanischer Streitkräfte ist Legende. Sie geht mit der privilegierten Stellung der Uniformierten in den Verteidigungsministerien, dem weitgehend unkontrollierten, militärischen Ausbildungs- und Nachrichtenwesen und der eigenen Gerichtsbarkeit weit über wirtschaftliche Aspekte hinaus (siehe Schaubild 11). Augenfälligster Ausdruck ihrer Finanzautonomie sind die ressourcen- und *off-budget*-finanzierten Rüstungsfonds und die Einkünfte aus ihren Geschäftstätigkeiten; für ihre Unabhängigkeit untereinander stehen separate Fondskonten und die starre Drittelteilung der Gelder (siehe Schaubild 12). Aus offizieller Sicht hat man versucht, diesem Aspekt sogar noch etwas Positives abzugewinnen und vermerkt, dies trage dazu bei, „den Wettstreit unter den Teilstreitkräften bei der Zuteilung von Geldern zu verhindern“ (Ministerio de Defensa Nacional de Chile 2003: 221). Im Gegenzug fördere diese Art der Aufteilung der Mittel aber die Verschuldung von Heer, Marine und Luftwaffe und erschwere überdies die teilstreitkräfteübergreifende Rüstungsplanung (vgl. ebda.: 221ff.).

Tatsächlich stehen heute die meisten Streitkräfte in Südamerika vor einer nie dagewesenen Typenvielfalt ihrer Ausrüstung. Diese verursacht nicht nur erhebliche Mehrkosten, sondern lässt vor allem keinen integrierten Einsatz der nicht aufeinander abgestimmten Waffensysteme zu. Im Zusammenwirken mit der Finanzautonomie der einzelnen Waffengattungen konterkarieren Waffenkäufe damit immer auch Bemühungen, die Allgemeinen Generalstäbe als teilstreitkräfteübergreifende Instanzen zu stärken sowie zusehens die Interessen des Verteidigungssektors als Ganzem und weniger die Einzelinteressen von Heer, Marine und Luftwaffe zu bedienen.

Ein letzter Aspekt verweist auf die mit den Rüstungsfonds verbundenen Entscheidungsprozesse als Ausdruck militärischer Autonomie. Die Sicherheits- und Verteidigungsräte in Chile, Ecuador und Peru, die über die Allokation der Rüstungsmittel maßgeblich entscheiden, unterminieren bereits

---

<sup>21</sup> Vgl. unbestätigte Pressemeldungen des El Mercurio, Santiago, vom 16.3.2004 und 20.5.2004, wonach aus dem Topf des Fondo *Ley Reservada del Cobre* angeblich 3,7 Mio. US\$ für das Engagement chilenischer Truppen im Rahmen der UN-Stabilisierungsmission auf Haiti, MINUSTAH, bezahlt wurden.

mit ihrer Zusammensetzung das Primat der Politik über das Militär, da sich hier die Führung der Streitkräfte auf gleicher Augenhöhe mit Mitgliedern der Regierung versammelt. In der Praxis freilich wird ein Großwaffenkauf in diesen Ländern, unter gesetzmäßiger Umgehung des Kongresses, direkt zwischen der entsprechenden Teilstreitkraft, dem Finanzminister (bei Kreditfinanzierung) sowie dem Staatspräsidenten ausgehandelt. *En passant* werden damit auch die Versuche untergraben, die Verteidigungsministerien zu effektiven Führungs- und Kontrollinstrumenten gegenüber den Streitkräften auszubauen und damit mittelbar auch die Legislative zu stärken, weil Parlamente ihr Militär überhaupt nur dann effektiv kontrollieren können, wenn diese von einem Ministerium abhängen, das ihnen gegenüber auch verantwortlich ist.

## 5. Zusammenfassung und Ausblick

Entstehung, Funktionsweise und Wirkungen ressourcenfinanzierter Rüstungsfonds sind in Südamerika auf den ersten Blick so verschieden wie es die länder- und ressourcenspezifischen Bedingungen sind, unter denen sie operieren. Zu ihrer Entstehung haben in der Vergangenheit sowohl eskalierende Grenz- und Territorialstreitigkeiten mit den Nachbarn (Chile 1958) als auch gänzlich funktionsfremde Anlässe beigetragen, wie die Aufnahme der Öl- bzw. Gasförderung im Falle Ecuadors (1972) bzw. Boliviens (2005ff.).<sup>22</sup> Der 2005 in Kraft getretene peruanische Rüstungsfonds steht mit dem alten „Feindbild Chile“ und der neuen „Ressource Erdgas“ für einen Mix aus beiden Elementen; vor allem aber ist seine Einführung ohne diese Form der Rüstungsfinanzierung bei seinen Anrainern im Norden und Süden kaum vorstellbar und zugleich ein Hinweis darauf, welche Proliferationswirkung dieses Modell in ressourcenreichen Nachbarstaaten zu entfalten imstande ist. Demgegenüber scheint die politische Systemfrage keinen bestimmenden Einfluß auf die Errichtung ressourcenfinanzierter Rüstungsfonds in Südamerika auszuüben. Mit Ausnahme Ecuadors sind diese Finanzierungsinstrumente allesamt unter demokratischem Vorzeichen durch Mehrheitsentscheide der Parlamente verabschiedet worden, auch wenn wie Falle Chiles im Nachhinein einschneidende Änderungen vorgenommen wurden, und Vertreter der politi-

---

<sup>22</sup> Der Anspruch der bolivianischen Militärs, an den Erlösen aus dem Verkauf von Erdgas beteiligt zu werden, hat seit Mai 2005 Gesetzescharakter. Nach dem Wortlaut des neuen *Ley de Hidrocarburos* (vgl. Art. 57) hat die Regierung in La Paz, kraft einer zusätzlichen Steuer auf die Erdgasproduktion (IDH = *Impuesto Directo a los Hidrocarburos*), einen nicht näher bestimmten Anteil ihrer hieraus erzielten Einnahmen auch den Streitkräften zuzuweisen. Alda (2007: 2) weiss von Plänen, die Uniformierten mit zwei Prozent direkt an den Einnahmen des IDH zu beteiligen. Verteidigungsminister Walker San Miguel wünschte sich zuletzt „2,5 Prozent am IDH zur strikten Verwendung für Ausrüstungszwecke“ (vgl. La Prensa, La Paz, 3.1.2007).

schen Klasse das Kupfergesetz heute gerne als Erbe der Militärdiktatur unter General Pinochet hinstellen.

Auch im Hinblick auf die Funktionsweise der untersuchten Rüstungsfonds zeigen sich mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede. Selbst wo die Streitkräfte wie in Peru nur mittelbar Empfänger solcher Gelder sind, wirken sie bei der – im Vorfeld der Freigabe der Mittel – wichtigen politischen Entscheidungsfindung hierüber maßgeblich mit. Mehr noch gilt dies dort, wo das Militär selbst, am regulären Etat vorbei, direkte Einnahmen aus dem Verkauf natürlicher Ressourcen zum Zwecke der Rüstungsbeschaffung bezieht. Die Entscheidung darüber, was an Waffen anzuschaffen ist, stellt in Chile und Ecuador – vorbehaltlich der Zustimmung des Staatsoberhauptes – eine weitgehend exklusive Domäne der Uniformierten dar. Allenfalls bei der Frage nach dem Umfang der Waffenimporte fällt in Santiago und Quito noch das Wort der Finanzminister ins Gewicht, da die meisten Großwaffenkäufe über Kredite finanziert werden. Demgegenüber kommt den Verteidigungsministern in Chile, Ecuador und Peru, wie in Südamerika generell, bereits *de jure*, vor allem aber mangels entsprechender institutioneller und personeller Ressourcen in ihren Ressorts kaum mehr als eine Koordinierungs- und Moderatorenfunktion bei Entscheidungen zu Rüstungsbeschaffungen zu.

Damit bleibt festzuhalten: Wo *off-budget*-finanzierte und aus Ressourcenerlösen sich speisende Rüstungsfonds in der Region vorhanden sind, werden Art und Umfang der Waffenkäufe maßgeblich vom Weltmarktpreis des betreffenden Rohstoffs und den Eigeninteressen der Generalität bestimmt. Politische, strategische und gesamtwirtschaftliche Erwägungen treten in den Hintergrund, so sie in den südamerikanischen Präsidialsystemen nicht vom Staatspräsidenten persönlich artikuliert und zur Geltung gebracht werden. Parlament und Öffentlichkeit kommt nicht mehr als eine Statistenrolle zu. Dies gilt im übrigen selbst dort, wo, wie in Argentinien, Brasilien und Venezuela, Mittel zur Rüstungsbeschaffung im regulären Verteidigungshaushalt oder im Gesamtetat formell etatisiert sind, sich aber bei näherem Hinsehen als hochaggregiert und eher mit Reptilienfonds vergleichbar entpuppen und deshalb kaum minder intransparent sind.

Die Ähnlichkeiten in der Funktionsweise der südamerikanischen Rüstungsfonds lassen auch die Unterschiede im Hinblick auf ihre Wirkungen – nach innen wie nach außen – von eher gradueller Natur sein. Da die Fonds außerhalb der regulären Verteidigungs- und Gesamtetats stehen, verletzen sie nicht nur grundlegende Haushaltsgrundsätze und elementare Rechtsstaatsprinzipien (*accountability*, Transparenz). Ihre *off-budget*-Finanzierung entzieht den Parlamenten auch durchweg die Befugnis, über Themen der Rüstungsfinanzierung und -beschaffung mitentscheiden zu dürfen und erschwert, ja verhindert eine öffentliche oder auch nur parlamentarische Kontrolle über die Verteilung und Verwendung dieser Gelder. Das der Arena öffentlicher Ent-

scheidungsfindung solcherart entzogene Feld der Rüstungspolitik wird damit zu einer Enklave, innerhalb der das Korruptionsrisiko umso höher zu veranschlagen ist als es sich beim Rüstungssektor um eine für Schmiergeldzahlungen ohnehin höchst anfällige Branche handelt. *En passant* untergraben derartige Finanzierungsinstrumente im Wehrwesen aber auch den für eine effektive politische Kontrolle und Steuerung gerade im Umfeld der Verteidigungsministerien und Parlamente unerläßlichen Aufbau ziviler Expertise; sie stehen damit insgesamt der Durchsetzung des Prinzips ziviler Suprematie entgegen.

Ein ungenügend in die Praxis umgesetztes Primat der Politik über das Militär aber zeitigt immer auch negative Rückwirkungen nach außen. Mangelnder Legitimitätsdruck auf die Frage nach dem Warum und Wozu von Waffenkäufen erschwert nicht nur die Ausarbeitung glaubhafter Bedrohungsanalysen und wirklichkeitsnaher, strategischer Lagebeurteilungen; er führt auch zu einem Legitimitätsdefizit, das in der Außenwahrnehmung umso stärker ausfallen muss, je schärfer die beschafften militärischen Mittel im Gegensatz zu den erklärten politischen Zielen stehen. Wer glaubhaft versichert, wirtschaftlich, politisch und militärisch eng und vertrauensvoll mit seinen Nachbarn zusammenarbeiten zu wollen, zeitgleich aber modernste Offensivwaffen „zur Abschreckung“ an seinen Landesgrenzen stationiert, darf sich über Zweifel an der Glaubwürdigkeit seiner Politik und die Besorgnis seiner Anrainer nicht wundern. Es gilt dies umso mehr als hohe Rohstoffpreise unter den Bedingungen eines von weitgehend autonomen Militärs maßgeblich selbst verwalteten, höchst intransparenten und ressourcenbasierten Rüstungsfonds nichts anderes als ein weiteres Aufrüsten erwarten lassen, das unter der Maßgabe eines in „militärischen Gleichgewichtszuständen“ verhafteten Denkens entsprechende rüstungspolitische Antworten durch die Nachbarn nachgerade zwingend herausfordert.

Ressourcenfinanzierte Waffenkäufe entfalten ihre Brisanz und Dynamik in Südamerika somit erst im Zusammenwirken mit diesen spezifischen Kontextfaktoren. Einhalt gebieten derzeit – mit Ausnahme Chiles – allein die limitierten Mittel. Perus Streitkräfte werden nach aktuellen Schätzungen mit ihrem Anteil an den Gaseinnahmen, kumuliert auf die nächsten zwanzig Jahre besehen (1,2 Mrd.), nicht das an Geldern zur Verfügung haben, was das chilenische Militär allein im vergangenen Jahr (1,3 Mrd.) an Erlösen aus dem Kupfergesetz eingenommen hat. Ein möglicher bolivianischer Rüstungsfonds wird sich in seiner Größenordnung allenfalls an demjenigen Perus orientieren, dessen Mittel die nächsten Jahre für wenig mehr als für Instandhaltungs-, Reparatur- und Wartungsmaßnahmen ausreichen. Santiago wird seinen waffentechnischen Vorsprung also halten, sehr wahrscheinlich sogar weiter ausbauen können, so in Lima und andernorten hierfür nicht zusätzliche Gelder – sei es über Kredite, sei es durch das Aufstocken der Rüstungsfonds – bereitgestellt werden sollten.

Gerade auch aus dieser Perspektive erscheint die Reform der Rüstungsfinanzierung in Chile umso dringlicher. Entsprechende Änderungen waren in der Vergangenheit regelmäßig angemahnt, von den Mitte-Links-Regierungen aber immer wieder verschleppt worden, mit dem Hinweis darauf, dass die „Bedingungen hierfür nicht gegeben seien“ (vgl. Varas/ Fuentes 1994: 87ff.) – eine Anspielung auf die in den 1990er Jahren noch durch zahlreiche andere Konfliktthemen belasteten zivil-militärischen Beziehungen (vgl. Radseck 2002: 24ff.). Ihre zunehmende Normalisierung sowie die exorbitant hohen Einnahmen der Streitkräfte aus dem Kupfergesetz in den letzten drei Jahren haben das Thema aber nun definitiv auf die Agenda der Regierung gesetzt. Im Oktober 2006 hat sich erstmals auch das Parlament in einem halböffentlichen Hearing des Themas angenommen (vgl. Seminario sobre Financiamiento de Fuerzas Armadas 2006), ohne dass bisher Klarheit und Konsens über den Inhalt und die Reichweite möglicher Reformen herrschte. Ein unter maßgeblicher Mitwirkung der Streitkräfte ausgearbeiteter Referentenentwurf aus dem Verteidigungsministerium vom März diesen Jahres wird unter Verschluss gehalten (vgl. Kouyoumdijan 2007), und von der Presse kolportierte Vorschläge reichen von kosmetischen Maßnahmen (Einführung eines Deckels, Aufhebung der Drittelaufteilung, Verwendung der Gelder auch für operative Zwecke) bis hin zur Abschaffung des Kupfergesetzes (kompensiert über regulär im Verteidigungshaushalt etatisierte Mehrjahresbudgets).

Vieles spricht dafür, dass es auch in Chile, wie schon in Ecuador, nicht gelingen wird, die Streitkräfte definitiv von ihrer *off-budget*-Quelle abzutrennen, ohne entsprechende Kompensationszahlungen leisten zu müssen bzw. Gefahr zu laufen, dass die Streitkräfte ihre eigenen Einnahmen und damit ihre Rolle als Unternehmer weiter ausweiten. Beide Fälle zeigen am Ende auch, wie schwierig es für die Parlamente ist, einmal aus der Hand gegebene Prärogativen wieder von der Exekutive zurückzugewinnen<sup>23</sup> und einen finanziellen Bypass unter den Bedingungen autonomer und mitnichten unpopulärer Streitkräfte trockenulegen oder auch nur zu kompensieren und wieder in reguläre Kanäle umzuleiten. Mehr noch käme es einer Ironie der Geschichte gleich, würden die Rüstungsfonds in Santiago und Quito zu einem Zeitpunkt abgeschafft, da bei ihren Nachbarn solche gerade eingerichtet (Bolivien) bzw. konsolidiert (Peru) werden.

---

<sup>23</sup> Im Juni 2006 wurde ein Antrag aus der Mitte der Abgeordnetenversammlung zur Abhebung des seinerzeit (1958) vom Kongress verabschiedeten Kupfergesetzes von der großen Mehrheit der Parlamentarier aus formalen Gründen für unzulässig erklärt. Art. 65 der chilenischen Verfassung (von 1980) verbietet es dem Kongress in dieser – exklusiv dem Staatspräsidenten vorbehaltenen – Gesetzesmaterie eigeninitiativ tätig zu werden.

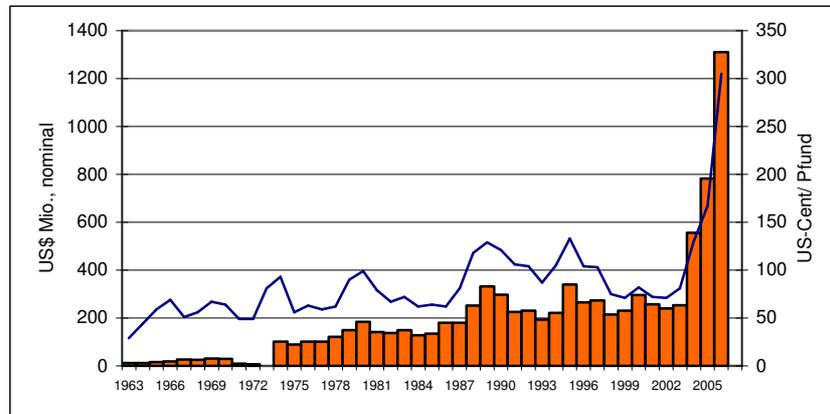
**Schaubild 1: Chiles Verteidigungshaushalt 2006**

	in Mio. US\$ <sup>a/</sup>	Anteil an	
		1	4
1 Parlamentarisch verabschiedeter Verteidigungshaushalt	2.220	100%	57%
- davon im regulären Haushaltstitel <sup>b/</sup>	1.211	55%	31%
- davon in anderen Haushaltstiteln ( <i>off-defense-budget</i> ) <sup>c/</sup>	1.009	45%	26%
2 Eigene Einkünfte der Streitkräfte ( <i>off-budget</i> ) <sup>d/</sup>	386	17%	10%
3 Einnahmen aus dem Kupfergesetz ( <i>off-budget</i> ) <sup>e/</sup>	1.311	59%	33%
4 Gesamt	3.917	176%	100%
5 An die Vereinten Nationen gemeldete Summe <sup>f/</sup>	1.623	73%	41%

a/ Angaben in den Zeilen 1 und 5 vom Autor umgerechnet in US\$ mit dem regierungsamtlichen Wechselkurs von 1:540. b/ Einzelplan 11 (Verteidigungsministerium) des Haushaltsgesetzes, vom Autor um verteidigungsfremde Ausgaben bereinigt, also abzüglich der Mittel für Bereitschafts- und Kriminalpolizei. c/ Pensionszahlungen an die Streitkräfte, ausgewiesen in Einzelplan 15 (Ministerium für Arbeit und Soziales) des Haushaltsgesetzes. d/ Nach Angaben von Kouyoumdijan 2005. e/ Nach Pressemeldung von CODELCO vom 1.3.2007. f/ Nach Regierungsmeldung vom 6.7.2006. Seit 2005 sind die Meldungen mit dem Hinweis versehen, dass die übermittelten Zahlen sich ausschließlich der Ausgaben verstehen, die „aus den gemäß des Kupfergesetzes vertraulichen Fonds“ finanziert werden. Zu den eigentümlichen Berechnungen à la chilena, vgl. Radseck 2004: 27-30.

Quellen: Ley de Presupuestos del Sector Público Año 2006; Kouyoumdijan 2005; CODELCO 2007; Gobierno de Chile 2006.

**Schaubild 2: Entwicklung der Kupferpreise und Einnahmen der chilenischen Streitkräfte aus dem Kupfergesetz, 1963-2006<sup>a/</sup>**



a/ Soweit bekannt, ist es in den Jahren 1986, 1987, 1993 und 1998 zu Ausgleichszahlungen durch den Fiskus gekommen, um die infolge niedriger Kupfernotierungen zu geringen Einnahmen auf das gesetzlich vorgeschriebene Minimum aufzustocken. Die Werte für 1986 und 1987 verstehen sich einschließlich dieser Zahlungen, die Angaben für 1993 und 1998 enthalten diese zusätzlichen – da in ihrer Höhe unbekannt – Beträge hingegen nicht.

Quellen: Villar 1992: 119; Pattillo 2003: 108; Ministerio de Defensa Nacional de Chile 2003: 222; CODELCO 2003-2007. Für den Zeitraum 1958-1962 und das Jahr 1973 liegen dem Autor keine Angaben zu den Einnahmen aus dem Kupfergesetz vor.

**Schaubild 3: Historie des chilenischen Kupfergesetzes**

Gesetzliche Grundlage	Garantierter Mindestbetrag	Finanzierungsmodus	Sonstige Neuerungen
Vorläufer: <i>Ley de Arrendamiento de Magallanes, Ley del CONSUDENA</i>			
Ley 6.152 u.a. (7.1.38)	k.A.	90% der staatl. Pachteinnahmen im südlichen Patagonien	
Ley 7.144 (5.1.42)	4 Mio. Pesos	Wie oben, zzgl. Devisengeschäfte sowie Zusatzsteuer auf Zigaretten und Alkohol	Schaffung des CONSUDENA
<i>Ley Reservada del Cobre</i>			
Ley 13.196 (19.11.58)	8,5 Mio. US\$	15% der Einnahmen, die der Staat aus der Besteuerung (50%) der aus der Kupferproduktion erzielten Gewinne der <i>Gran Minería</i> bezieht	Einführung von Ausgleichszahlungen, falls Mindestbetrag nicht erreicht wird; Umstellung auf US\$
Änderungen 1973-1990			
D.L. 239 (31.12.73)	90 Mio. US\$	10% der Gesamteinnahmen, welche die Unternehmen der <i>Gran Minería</i> aus dem Verkauf ihrer Produkte im Ausland erzielen	Aufteilung der Einnahmen zu gleichen Teilen unter Heer, Marine und Luftwaffe
D.L. 1.530 (21.7.76)	90 Mio. US\$	10% der Bruttoeinnahmen, die CODELCO aus dem Verkauf von Kupfer im Ausland erzielt, zzgl. 10% des Wertes der von CODELCO im Ausland getätigten Einlagen	Einführung von Geheimkonten für Heer, Marine, Luftwaffe und CONSUDENA; letzterer erhält auf Antrag bis zu 10% der Einnahmen
Ley 18.445 (17.10.85)	180 Mio. US\$	Wie in D.L. 1.530, zzgl. 10% der Bruttoeinnahmen, die CODELCO aus dem Verkauf seiner Nebenprodukte erzielt	Jährl. Inflationsbereinigung des Sockelbetrags gemäß der Teuerungsrate der USA mit Wirkung zum 1.1.1987; Einführung eines Verwendungsschlüssels für Überschüsse
Ley 18.628 (23.6.87)	unverändert	unverändert	Verwendung der Gelder des CONSUDENA bedarf der Zustimmung der Chefs von Heer, Marine und Luftwaffe
Änderungen 1990 ff.			
Gutachten des Rechnungshofes (12/2002)	unverändert	unverändert	Drittelaufteilung der Einnahmen berührt nicht die Befugnis des CONSUDENA, über die Mittel in ihrer Gesamtheit entscheiden zu dürfen; Einführung eines Fonds für Überschüsse

Quellen: Eigene Zusammenstellung, ohne Gewähr auf Richtigkeit und Vollständigkeit, auf der Grundlage der folgenden Sekundärliteratur: Villar 1992: 104-105; Varas/ Fuentes 1994: 71, 87; Rojas 2000: 25-26; CEPAL 2001: 27; Araya/ Seguel 2001: 32-37; Armada de Chile 2003; Pattillo 2003: 108; Ministerio de Defensa Nacional de Chile 2003: 221; Federación de Trabajadores del Cobre 2005; Alcayaga 2005: 59; Ministerio de Defensa Nacional de Chile 2006: 9; Robles 2006b: 246; CODELCO 2006: 24; Abalos/ González/ Dussert 2006: 127.

**Schaubild 4: Der ecuadorianische Rüstungsfonds**

Bezeichnung	<i>Fondo de Defensa Nacional</i>	
Jahr der Einführung	1972	
Gesetzliche Grundlage	Regierungsdekret Nr. 430, erlassen unter Militärregime (1972-79), seither zahllose weitere Sonderdekrete und -gesetze	
Ressourcenbasis	Erdöl	
Finanzierung	Verkaufserlöse ( <i>ventas directas</i> ) der staatlichen PETROECUADOR (8%) sowie Bruttoeinnahmen ( <i>regalías</i> ) privater Ölfirmen (15%), ggf. Sonderzuweisungen a/	
Umfang der Erlöse [in Mio. US\$] b/	73 (2006)	82 (2005) 45 (2004)

a/ Die Anteile stellen Näherungswerte dar, die der Autor über einen Abgleich mit den Angaben in ESMAP 2005: 88, García 2004, Marcella 1995 und dem *Ley de Hidrocarburos*, Zusatzartikel 93, gewonnen hat. Bei den Sonderzahlungen handelt es sich in der Regel um Querüberweisungen (*transferencias*); seit 1985 werden hierfür vor allem Mittel zur Bezahlung der Auslandsschuld unter den Ministerien „verschoben“, vgl. García 2004. Auch die Kompensationszahlungen, für die seit dem Jahr 2000 zeitweise eingestellten Überweisungen aus den Öleinnahmen, wurden zuletzt (2003: 150 Mio. US\$) unter dem Titel „Schulden der Exekutive“ etatisiert. b/ Wiedergegeben ist mangels desaggregierter Daten zum Haushalt der FAE (*Fuerza Aérea Ecuatoriana*) nur der Etat der HJDN (*Honorable Junta de Defensa Nacional*). Angaben nach Haushaltsgesetz 2004 (für 2004), Ministerio de Defensa Nacional 2006 (für 2005) und FLACSO-Chile 2006 (für 2006).

Quellen: Cabezas 1974; *Ley de Hidrocarburos*; Marcella 1995; García 2004; ESMAP 2005; Ministerio de Defensa Nacional; FLACSO-Chile 2006.

**Schaubild 5: Herkunft und Höhe der Einnahmen des peruanischen Rüstungsfonds**

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	20..	2005-2025
Schatzamt [in Mio. US\$]	25	-	-	-	-	-	-	
Anteil an Einnahmen der Regierung aus Camisea-Gasfeld 88	20% <sup>a/</sup>	40%	40%	40%	40%	40%	40%	
Anteil an Einnahmen der Regierung aus Camisea-Gasfeld 56	-	-	30%	30%	30%	30%	30%	
Zinsen des Fondskontos	k.A.	k.A.	-	-	-	-	-	
Andere Einnahmen nach Anweisung durch Regierung	k.A.	k.A.	-	-	-	-	-	
Gesamt [in Mio. US\$] b/	43,3	49	52	109	112	115		2.550
... davon für Streitkräfte (75%)	32,5	37	39	82	84	86		1.193

a/ Entsprech in 2005 Einnahmen in Höhe von 18,3 Mio. US\$. b/ Prospektive Schätzungen, ausser für 2005. Für 2005-2025 kumulierte Werte.

Quellen: Ley 28.455, Lima, 23.12.2004; La República, Lima, 3.1.2006; Darstellung angelehnt an Robles 2006b: 245.

**Schaubild 6: Chronik der Entstehung des peruanischen Rüstungsfonds**

28.7.2001	Amtseinführung von Staatspräsident Toledo, spricht sich für Rüstungsmoratorium aus
17.12.2003	General i.R. Chiabra folgt Rechtsanwalt Loret de Mola im Amt des Verteidigungs-Ministers
20.5.2004	Marineoffizier Palomino, Chef der Haushaltsabteilung im Verteidigungsministerium, fordert in einer Studie (Vorwort von Chiabra) einen Rüstungsfonds, gespeist u.a. aus Erdgaseinnahmen; Finanzminister Kuczynsky: Keine Möglichkeit der Realisierung
Aug. 2004	Aufnahme der kommerziellen Erdgasförderung im Amazonas (Camisea)
7.8.2004 ff.	Regierung kündigt überraschend an, einen Rüstungsfonds zu schaffen; Kuczynsky: Finanzierung unklar; Chiabra: jährliches Minimum 250 Mio. US\$
16.8.2004	Presse berichtet von Verhandlungen zwischen Toledo und Chiabra sowie zwischen Kuczynsky und Streitkräfteführung
9.9.2004	Toledo bestätigt auf einer Pressekonferenz die Schaffung eines Rüstungsfonds. Tags darauf erreicht der Gesetzentwurf das Parlament. Zur Begründung wird auf „prioritäre Bedürfnisse der Landesverteidigung und öffentlichen Sicherheit“ verwiesen
15.12.2004	Kongress verabschiedet Rüstungsfonds (Gesetz 28.455) einstimmig, bei zehn Enthaltungen
1.1.2005	<i>Fondo para las Fuerzas Armadas y la Policía Nacional</i> tritt in Kraft
2.5.2005	Regierungsdekret setzt Ausführungsgesetz in Kraft
12.7.2005	Modifizierung des Regierungsdekrets
17.8.2005	General i.R. Rengifo folgt General i.R. Chiabra im Amt des Verteidigungsministers
28.7.2006	Amtseinführung von Staatspräsident García, spricht sich für „Konsolidierung“ des Rüstungsfonds aus

Quellen: Eigene Zusammenstellung; Palomino 2004: 154; IDL 2004; Tamayo 2004a; Tamayo 2004b; Robles/ Tamayo 2004; Tamayo 2006: 143-146; Robles 2006b: 244-245.

**Schaubild 7: Verteidigungsausgaben in Südamerika**

	2005 in Mio. US\$ <sup>a/</sup>	Ø 1988-2004 in % am BIP
Argentinien	1.560	1,4
Bolivien	169	2,1 <sup>b/</sup>
Brasilien	8.687	1,9
Chile	3.401	3,7
Ecuador	840	2,2
Kolumbien	3.309	2,9
Paraguay	48	1,1
Peru	893	1,6 <sup>c/</sup>
Uruguay	175	2,2
Venezuela	1.477	1,5 <sup>c/</sup>
Ø Südamerika	2.056	2,1

a/ Zu Preisen von 2003. b/ Für 1989-2004. c/ Für 1991-2004.

Quelle: SIPRI (2006): The SIPRI Military Expenditure Database. Der Autor dankt Catalina Perdomo für die Bereitstellung der Daten.

**Schaubild 8: Großwaffenkäufe Chiles, Ecuadors und Perus, 1992-2007**

Waffenplattform <sup>a/</sup>	CHI	EKU	PER	Lieferland	Zulauf	Kaufsumme <sup>b/</sup> [in Mio. US\$]
<b>Kampfpanzer</b>						
21 AMX 30 B2	×			FRA	1998-99	k.A.
211 Leopard 1 A5	×			NL (DE)	1998-01	63**
118 Leopard 2 A4	×			DE	2006-07	124
<b>Kriegsschiffe</b>						
1 Fregatte Leander-Klasse	×			GB	1992	k.A.
4 Schnellboote Tigerkl. 148	×			DE	1996-97	k.A.
4 Fregatten Lupo-Klasse*			×	ITA	2004-07	33 <sup>c/</sup>
1 Fregatte 22-Klasse	×			GB	2004	50
4 Fregatten L/M-Klasse	×			NL	2005-06	350
2 U-Boote Scorpène-Kl.*	×			SPA/ FRA	2005-06	450
3 Fregatten 23-Klasse	×			GB	2006-08	350
<b>Kampfflugzeuge</b>						
25 Mirage V	×			BEL	1994-96	109**
4 Kfir C2		×		ISR	1996	k.A.
21 MiG-29			×	BLR/ RUS	1996-98	k.A.**
18 Sukhoi 25			×	BLR/ RUS	1997-98	k.A.**
10 F-16 C/D*	×			USA	2006	650
18 F-16 A/B	×			NL (USA)	2006-	185
<b>Kampfhubschrauber</b>						
21 Mi-25/Mi-17/Mi-8			×	NIC/ RUS	1992	k.A.

a/ Aufgelistet sind Waffensysteme, die bereits zugelassen oder vertraglich geordert wurden. Fabrikneue Waffensysteme sind mit einem \* gekennzeichnet. b/ Die angegebenen Preise beziehen sich allein auf die „nackten“ Plattformen, verstehen sich also ausschließlich der Kosten für Bewaffnung und Munition im Besonderen für die Fregatten und U-Boote ebenso wie für erfolgte Kampfwertsteigerungen wie im Falle der Leopard 1 (vgl. Radseck 2006b: 5). Mit \*\* versehene Summen beinhalten nachgewiesene Schmiegeldzahlungen, 1,5 Mio. US\$ im Falle der niederländischen Leopard 1, 15 Mio. US\$ im Falle der belgischen Mirage V, 140 Mio. US\$ im Falle der russischen und weissrussischen MiG-29 und Sukhoi 25. c/ Nur Kaufpreis der letzten beiden von insgesamt vier Fregatten.

Quelle: Aktualisierte und erweiterte Zusammenstellung auf der Grundlage von Radseck 2006a: 16.

**Schaubild 9: Finanzierungsmerkmale ressourcenbasierter Rüstungsfonds in Südamerika**

	Chile	Ecuador	Peru
Bezeichnung	<i>Fondo Ley Reservada del Cobre</i>	<i>Fondo de Defensa Nacional</i>	<i>Fondo para las FF.AA. y la Policía Nacional</i>
Ressourcenbasis	Kupfer	Erdöl	Erdgas
Finanzierung	Bruttoeinnahmen von CODELCO (10%), garant. Sockel, ggf. Ausgleichszahlungen	Verkaufserlöse von PETROECUADOR (8%) sowie Bruttoeinnahmen privater Ölfirmen (15%), ggf. Sonderzuweisungen und Kompensationszahlungen	Bruttoeinnahmen zweier Gasfelder in <i>Camisea</i> (40% bzw. 30%), zzgl. Zinseinkünfte
Einspeisung	direkt, automatisch, <i>off-budget</i>	Bis 2000 direkt, automatisch, <i>off-budget</i> , seither unklar	direkt, automatisch, <i>off-budget</i>

Quellen: Schaubilder 3, 4 und 5.

**Schaubild 10: Die Intransparenz des Rüstungssektors in Chile, Ecuador und Peru**

	Chile	Ecuador	Peru
<b>Rüstungsfonds</b>			
Sind gesetzliche Grundlagen einsehbar?	nein	nein	ja
Herrscht über Gesetzescharakter Klarheit?	nein	k.A.	ja
Sind Gutachten, Berichte, Reformvorschläge einsehbar?	nein	nein	k.A.
Gibt es offizielle Informationen zu			
- Einnahmen?	mittelbar <sup>a/</sup>	nein	mittelbar <sup>b/</sup>
- Ausgaben?	nein	nein	nein
- Zinseinkünften?	nein	nein	nein
- Schuldendienst?	nein	nein	nein
<b>Rüstungsbeschaffungen</b>			
Geht Entscheidungen hierüber eine öffentliche Debatte voraus?	nein	nein	nein
Entscheidet das Parlament mit hierüber?	nein	nein	nein
Gibt es im Verteidigungsministerium ein hierfür zuständiges Referat?	nein	nein	nein
<b>Informationspolitik</b>			
Tragen verteidigungspolitische Weißbücher zur Transparenz			
- bzgl. Rüstungsfinanzierung bei?	ja	nein	nein
- bzgl. Entscheidungsprozedere um Rüstungsbeschaffung bei?	ja	nein	nein
Sind <i>off-budget</i> -Mittel in den Haushalts-, Finanz- und Schuldenstatistiken ausgewiesen?	nein <sup>c/</sup>	k.A.	k.A.

a/ Über Geschäftsberichte von CODELCO. b/ Über Presseverlautbarungen des Finanz- und Verteidigungsministers. c/ Chile weist seit 2001 zwar erstmals auch *off-budget*-Titel (*Cuentas extrapresupuestarias*) in seinen Finanzstatistiken aus, vgl. <<http://www.tesoreria.cl/ofVirtual/ofVirtual/aLink.do?go=fp1>>; die Bewegungen und Kontostände im Besonderen der *Cuentas Reservadas* der Streitkräfte und des CONSUDENA werden jedoch weiterhin im Dunkeln belassen.

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

**Schaubild 11: Autonomie der Streitkräfte in Chile, Ecuador und Peru**

	Chile	Ecuador	Peru
<b>Finanzielle Autonomie</b>			
Off-budget-Rüstungsfonds?	ja	unklar	ja
Garantiertes Minimum – Rüstungsfonds?	ja	k.A.	nein
Garantiertes Minimum – regulärer Verteidigungshaushalt?	ja	nein	nein
Eigene Einkünfte?	ja	ja	ja
Eigene verteidigungsfremde Unternehmen (Banken, Hotels, etc.)?	nein	ja	nein
Eigener Grundstücks- und Immobilienbesitz?	ja	ja	ja
Reptilienfonds ( <i>gastos reservados</i> )?	ja	k.A.	ja
<b>Politische/ institutionelle Autonomie</b>			
Verteidigungsministerium – politisches Führungs- und Kontrollinstrument?, Tendenz?	bedingt, zunehmend	nein, unklar	bedingt, uneinheitlich
Militär mit Sitz und Stimme in Gremien auf Präsidialebene?	ja	ja	ja
Militär an strateg. Lagebeurteilung maßgeblich mitbeteiligt?	ja	ja	ja
Militär mit Sitz und Stimme in Gremien auf Ministerialebene?	ja	ja	ja
Militär an pol. Entscheidungen zu Rüstungskäufen beteiligt?	ja	ja	ja
Militärisches Nachrichtenwesen effektiv kontrolliert?	nein	nein	nein
Militärjustiz autonom?	bedingt	ja	bedingt
Militärisches Ausbildungswesen autonom?	ja	ja	ja
Militärische Präsenz im Rohstoffsektor?	ja	ja	k.A.
Militärische Präsenz in verteidigungsfremden Gremien?	ja	ja	ja

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

**Schaubild 12: Ressourcenfinanzierte Rüstungsfonds in Südamerika: Adressaten und Entscheidungsinstanzen**

	Chile	Ecuador	Peru
Bezeichnung	<i>Fondo Ley Reservada del Cobre</i>	<i>Fondo de Defensa Nacional</i>	<i>Fondo para las FF.AA. y la Policía Nacional</i>
Empfänger der Erlöse	TSK (je 30%), CONSUDENA (10% sowie Überschüsse)	FAE, HJDN	TSK, Polizei (je 25%, mittelbar via gemeinsamem Fondskonto)
Entscheidungsinstanzen für Mittelabfluß/ Kreditaufnahme	CONSUDENA, Finanzminister	HJDN, COMACO	<i>Comité de Administración</i>
Entscheidungsinstanzen für Rüstungsbeschaffungen	TSK, CONSUDENA, Staatspräsident	TSK, HJDN, COMACO, CO-SENA	TSK, CCFFAA, CODENA

TSK = Teilstreitkräfte; CONSUDENA = Consejo Superior de la Defensa Nacional; FAE = Fuerza Aérea Ecuatoriana; HJDN = Honorable Junta de Defensa; COMACO/ CCFFAA = Comando Conjunto de las FF.AA.; COSENA = Consejo de Seguridad Nacional; CODENA = Consejo de Defensa Nacional (Stand Ende 2004: seither zweimal umbenannt, zuerst in Consejo de Seguridad Nacional, sodann in Consejo de Seguridad y Defensa Nacional).

Quellen: Schaubilder 3, 4 und 5.

## Literaturverzeichnis

- Abalos König, José Antonio/ González García, Lucía H./ Dussert Chervellino, Marcelo (2006): Las regiones de Chile ante la ciencia, tecnología e innovación: Diagnósticos regionales y lineamientos para sus estrategias. Santiago.
- Alcayaga, Julián (2005): Manual del Defensor del Cobre. Santiago: Ediciones Tierra Mía Ltda., in: <[http://www.plataforma.uchile.cl/fg/semestre1/\\_2005/industria/modulo2/doc/Manual%20del%20Defensor%20del%20Cobre.pdf](http://www.plataforma.uchile.cl/fg/semestre1/_2005/industria/modulo2/doc/Manual%20del%20Defensor%20del%20Cobre.pdf)>.
- Alda Mejías, Sonia (2007): La alianza del pueblo y las Fuerzas Armadas en el proyecto de transformación social de Evo Morales, ARI N°3, 17.1.2007, in: <[http://www.realinstitutoelcano.org:9081/wps/wcm/connect/resources/file/ebee86030cdfd42/ARI\\_Sonia\\_Alda\\_Fuerzas\\_Armadas\\_Bolivia.pdf?MOD=AJPERES](http://www.realinstitutoelcano.org:9081/wps/wcm/connect/resources/file/ebee86030cdfd42/ARI_Sonia_Alda_Fuerzas_Armadas_Bolivia.pdf?MOD=AJPERES)>.
- Alegría, Ciro (o.J.): El poder legislativo en las políticas de defensa, in: <<http://www.resdal.org/docs-varona.html>>.
- Alsina Calderón, Hugo (1998): „El incidente Snipe. Relatado por su protagonista“, in: Revista de Marina 115/1, in: <<http://www.revistamarina.cl/revistas/1998/1/alsina.pdf>>.
- Álvarez Veloso, David/ Cruz, Eugenio (2006): Calidad, eficiencia y transparencia del presupuesto de Defensa. El caso de Chile, Documentos RESDAL, Julio 2006, in: <<http://www.resdal.org/presupuestos/caso-chile.pdf>>.
- Araya, Mauricio/ Seguel, Edna (2001): El sistema presupuestario del Ejército de Chile, Estudios de Defensa, Documentos de Trabajo Nr. 1, Pontificia Universidad Católica de Chile, Santiago, in: <<http://www.puc.cl/icp/webcp/papers/def1.pdf>>.
- Arellano G., Julio/ Polanco Z., Gonzalo (2001): Análisis de la estructura y proceso de toma de decisiones de la Defensa Nacional de Chile, Estudios de Defensa, Documentos de Trabajo, Nr. 2. Santiago: Pontificia Universidad Católica de Chile, in: <[http://www.puc.cl/icp/webcp/papers/est\\_def/2.pdf](http://www.puc.cl/icp/webcp/papers/est_def/2.pdf)>.
- Armada de Chile (2003): Armada actual. El presupuesto, in: <[http://www.armada.cl/arm\\_actual/site/artic/20030509/pags/20030509164629.html](http://www.armada.cl/arm_actual/site/artic/20030509/pags/20030509164629.html)>.
- Basedau, Matthias/ Lacher, Wolfram (2006): A paradox of plenty? Rent distribution and political stability in oil states, GIGA Working Papers, Nr. 21. Hamburg, in: <[http://www.giga-hamburg.de/content/publikationen/pdf/wp21\\_basedau-lacher.pdf](http://www.giga-hamburg.de/content/publikationen/pdf/wp21_basedau-lacher.pdf)>.
- Bosch, Guillaume (2006): „Entrevista al Diputado Ramón Rivera, 21.3.2006“, in: Democracia, Seguridad y Defensa. Boletín Bimestral, Nr. 16, 2.Jg., S. 5-8.
- Brömmelhörster, Jörg/ Paes, Wolf-Christian (Hrsg.) (2003): The military as an economic actor: Soldiers in business. Basingstoke/ New York: Palgrave Macmillan, S. 1-17.
- Cabezas, Rodrigo (1974): „Política petrolera ecuatoriana“, in: Nueva Sociedad Nr. 14, S. 30-33, in: <[http://www.nuso.org/upload/articulos/127\\_1.pdf](http://www.nuso.org/upload/articulos/127_1.pdf)>.

- CEPAL (Comisión Económica para América Latina y el Caribe, Oficina de la Secretaría Ejecutiva) (2001): Metodología estandarizada común para la medición de los gastos de Defensa, Serie Seminarios y Conferencias, Nr. 14. Santiago, in: <<http://www.eclac.cl/publicaciones/DocumentosPublicaciones/4/LCL1624PE/lcl1624e.pdf>>.
- COCHILCO (Comisión Chilena del Cobre) (2007): Informe del mercado del cobre: IV trimestre 2006 y perspectivas 2007. Santiago, 31.1.2007, in: <<http://www.cochilco.cl/anm/articlefiles/555-info-4tri-2006-v08.pdf>>.
- CODELCO (Corporación Nacional del Cobre de Chile) (2007): Cifra histórica: Codelco logró US\$ 9.215 millones de excedentes en 2006, Dirección de Comunicaciones, 1.3.2007, in: <[http://www.codelco.cl/prensa/archivo/fr\\_prensa\\_detalle.asp?id=20070301122634](http://www.codelco.cl/prensa/archivo/fr_prensa_detalle.asp?id=20070301122634)>.
- CODELCO (2006): Memoria Anual 2005. Santiago, in: <[http://www.codelco.com/la\\_corporacion/fr\\_memorias.html](http://www.codelco.com/la_corporacion/fr_memorias.html)>.
- CODELCO (2005): Memoria Anual 2004. Santiago, in: <[http://www.codelco.com/la\\_corporacion/fr\\_memorias.html](http://www.codelco.com/la_corporacion/fr_memorias.html)>.
- CODELCO (2004): Memoria Anual 2003. Santiago, in: <[http://www.codelco.com/la\\_corporacion/fr\\_memorias.html](http://www.codelco.com/la_corporacion/fr_memorias.html)>.
- CODELCO (2003): Memoria Anual 2002. Santiago, in: <[http://www.codelco.com/la\\_corporacion/fr\\_memorias.html](http://www.codelco.com/la_corporacion/fr_memorias.html)>.
- Cruz, Consuelo/ Diamint, Rut (1998): „The new military autonomy in Latin America“, in: *Journal of Democracy* Nr. 4, 9. Jg., S. 115-127.
- Díaz Gallardo, José (1996): „Administración de la defensa: la experiencia chilena en el período 1932-1973“ in: *Fuerzas Armadas y Sociedad*, Nr. 4, 11. Jg., S. 6-14, in: <<http://www.fasoc.cl/files/articulo/ART4117e0c0be509.pdf>>.
- Dunne, Paul J./ Perlo-Freeman, Sam/ Soydan, Aylin (2004): Military expenditure and debt in South America, in: *Defence and Peace Economics*, Nr. 2, 15. Jg., S. 173-187.
- El Mercurio. Santiago, 16.3.2004 und 20.5.2004.
- ESMAP (Programa de Asistencia a la Gestión del Sector de la Energía) (2005): Estudio comparativo sobre la distribución de la renta petrolera en Bolivia, Colombia, Ecuador y Perú, Banco Internacional de Reconstrucción y Fomento/ Banco Mundial, Washington, in: <[http://wbln0018.worldbank.org/esmap/site.nsf/files/304-05+\\_Spanish\\_+Final.pdf/\\$FILE/304-05+\\_Spanish\\_+Final.pdf](http://wbln0018.worldbank.org/esmap/site.nsf/files/304-05+_Spanish_+Final.pdf/$FILE/304-05+_Spanish_+Final.pdf)>.
- Fanger, Ulrich (1995): „Peru“, in: Büttner, Veronika/ Krause, Joachim (Hrsg.): *Rüstung statt Entwicklung? Sicherheitspolitik, Militärausgaben und Rüstungskontrolle in der Dritten Welt*. Baden-Baden, S. 451-475.
- FLACSO-Chile (2006): Informe Nacional: Ecuador, Reporte Sector Seguridad en América Latina y El Caribe 2006, in: <<http://www.flacso.cl/flacso/biblos.php?code=2126>>.
- Federación de Trabajadores del Cobre (2005): ¿Cuál es el origen de la Ley Reservada del Cobre?, in: <[http://www.ftc.cl/home\\_archivos/temas/leycu.htm](http://www.ftc.cl/home_archivos/temas/leycu.htm)>.

- Fondo de Defensa no cubrió necesidades de Fuerzas Armadas (2006), in: <<http://www.gasdecamisea.com/index.php?op=articulos&task=verart&aid=131>>.
- García Gallegos, Bertha (2004): Transparencia del presupuesto de Defensa en Ecuador. Quito, in: <<http://www.resdal.org.ar/papers/caso-ecuador.pdf>>.
- Gobierno de Chile (2006): Instrumento para la presentación internacional normalizada de informes sobre gastos militares, 31.1.2006, in: <<http://daccessdds.un.org/doc/UNDOC/GEN/N06/268/79/PDF/N0626879.pdf?OpenElement>>.
- González, Patricio (2004): „Gasto militar: Cambio en manejo de ‘Ley Reservada del Cobre’“, in: *El Mercurio*. Santiago, 20.9.2004.
- Guajardo, Guillermo (2001): „¿Por qué los militares chilenos no fueron industrialistas? Una visión del pensamiento económico de las Fuerzas Armadas“, in: *Fuerzas Armadas y Sociedad*, Nr. 1, 16. Jg., S. 48-55, in: <<http://www.fasoc.cl/files/articulo/ART410fbf3630b76.pdf>>.
- IDL (Instituto de Defensa Legal) (2004): En la mira. Boletín de Seguridad y Defensa, Nr. 17, Nr. 18, in: <<http://www.idl.org.pe>>.
- International Monetary Fund, Fiscal Affairs Department (2003): Chile: Report on the observance of standards and codes (ROSC). Fiscal Transparency Module, Country Report Nr. 03/237, Washington, in: <<http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2003/cr03237.pdf>>
- Kahhat, Farid (2006): „Las relaciones entre Chile y Perú en el ámbito de la seguridad: entre la cooperación y la desconfianza“, in: *Revista Fuerzas Armadas y Sociedad* Nr. 1, 20. Jg., S. 3-16, in: <<http://www.fasoc.cl/files/articulo/ART45a4f2d25bf02.pdf>>.
- Kouyoumdijan, Armen (2007): Chilean Monthly Defence Review: April: Updating military administration, economics, politics & sociology. Santiago, 5.4.2007.
- Kouyoumdijan, Armen (2006): Chile’s 2007 Defence & Public Security budget. An analysis. Santiago, 13.10.2006.
- Kouyoumdijan, Armen (2005): Chile’s 2006 Defence & Security budget. An analysis. Santiago, 1.10.2005.
- La Nación. Santiago, 9.2.2007
- La Prensa. La Paz, 3.1.2007.
- La República. Lima, 3.1.2006.
- Ley de Hidrocarburos (Ley 3.058). La Paz, 17.5.2005.
- Ley de Hidrocarburos. Quito, 1978, in: <[http://www.petroecuador.com.ec/images/pdf/ley\\_hidroc.pdf](http://www.petroecuador.com.ec/images/pdf/ley_hidroc.pdf)>.
- Ley de Presupuestos del Sector Público Año 2006 (Ley 20.083). Santiago, in: <<http://www.dipres.cl/presupuesto/2006.asp>>.
- Ley que crea el Fondo para las Fuerzas Armadas y Policía Nacional (Ley 28.455). Lima, 31.12.2004.

- Malamud, Marina (2007): *Hacia la modernización de la Defensa Nacional: el caso de Chile*, ARI Nr. 11. Madrid: Real Instituto Elcano, in: <[http://www.realinstitutoelcano.org/wps/wcm/connect/resources/file/eb3cc20bb78b90a/ARI\\_Marina\\_Malamud\\_Defensa\\_Nacional\\_Chile.pdf?MOD=AJPERES](http://www.realinstitutoelcano.org/wps/wcm/connect/resources/file/eb3cc20bb78b90a/ARI_Marina_Malamud_Defensa_Nacional_Chile.pdf?MOD=AJPERES)>.
- Marcella, Gabriel (1995): „Guerra y paz en el Amazonas: Implicancias políticas del conflicto Ecuador – Peru para los Estados Unidos y América Latina“, in: *Revista Ser en el 2000*, Nr. 8, in: <<http://www.ser2000.org.ar/articulos-revista-ser/revista-8/marcella.htm>>.
- MIDEPLAN (Ministerio de Planificación), División Social, Departamento de Estudios (2005): *Componentes centrales de un sistema de protección social sustentable: El nuevo escenario social en Chile*. Santiago.
- Ministerio de Defensa Nacional (2006): *Libro Blanco 2006. Política de la Defensa Nacional del Ecuador*. Quito, in: <[http://midena.gov.ec/index.php?option=com\\_content&task=section&id=10&Itemid=135](http://midena.gov.ec/index.php?option=com_content&task=section&id=10&Itemid=135)>.
- Ministerio de Defensa Nacional (2002): *Política de la Defensa Nacional del Ecuador*. Quito.
- Ministerio de Defensa Nacional de Chile (2006): *Sistema de evaluación de proyectos de inversiones en defensa, Separata de actualización del Libro de la Defensa Nacional*. Santiago, in: <<http://www.defensa.cl/separatas/Separata%20Libro%20Defensa.pdf>>.
- Ministerio de Defensa Nacional de Chile (2003): *Libro de la Defensa Nacional de Chile 2002*. Santiago.
- Ministerio de Defensa Nacional de Chile (1997): *Libro de la Defensa Nacional de Chile*. Santiago.
- Navarro, Miguel/ Pattillo, Guillermo (1996): *La asignación de recursos para equipamiento de las Fuerzas Armadas: Una propuesta*, Documento de trabajo, Junio 1996, in: <<http://www.institutolibertad.cl/ModifAsig.pdf>>.
- Palomino Milla, Fernando (2004): *Economía de la Defensa Nacional. Una aproximación al caso peruano*. Lima: Comisión Andina de Juristas/ Ministerio de Defensa.
- Pattillo, Guillermo (2003): „Asignación de recursos a las Fuerzas Armadas en Chile: Situación actual y propuesta“, in: *Estudios Públicos*, Nr. 89, S. 91-128, in: <[http://www.cepchile.cl/dms/lang\\_1/doc\\_3183.html](http://www.cepchile.cl/dms/lang_1/doc_3183.html)>.
- Pattillo, Guillermo (2001): „El Presupuesto de Defensa en Chile: Procesos decisionales y propuesta de indicadores de evolución“, in: *Security and Defense Studies Review*, Bd. 1, S. 125-146, in: <<http://www.ndu.edu/chds/journal/PDF/Pattillo-final.pdf>>.
- Polanco Z., Gonzalo (2006): *Análisis de las normas que regulan el gasto militar chileno*, Estudios de Defensa, Documentos de Trabajo Nr. 6. Santiago: Pontificia Universidad Católica de Chile, in: <<http://www.uc.cl/icp/webcp/papers/def16.pdf>>.
- Prats, Carlos (1986): *Memorias: Testimonio de un soldado*. Santiago: Pehuen Editores Ltda.

- Radseck, Michael (2006a): „Deutsche Kampfpanzer nach Chile. Eine kritische Bestandsaufnahme“, in: *Wissenschaft & Frieden*, Nr. 2, 24. Jg., S. 14-17.
- Radseck, Michael (2006b): Deutsche Rüstungsexporte nach Lateinamerika – Bestandsaufnahme für die Jahre 1999-2004, in: *GIGA Focus Lateinamerika*, Nr. 9, Hamburg, in: <[http://www.giga-hamburg.de/content/publikationen/pdf/gf\\_lateinamerika\\_0609.pdf](http://www.giga-hamburg.de/content/publikationen/pdf/gf_lateinamerika_0609.pdf)>.
- Radseck, Michael (2005): „From *Casa Militar* to an instrument of political control: A functional analysis of the Defense Ministries in Argentina and Chile“, in: *Defense & Security Analysis*, Nr. 2, 21. Jg., S. 179-199.
- Radseck, Michael (2004): Südamerikas sicherheitspolitische Transparenz auf dem Prüfstand (III): Die undurchsichtigen Verteidigungshaushalte des Cono Sur, Arbeitspapier Nr. 16. Hamburg: IIK, in: <<http://www.giga-hamburg.de/content/iik/archiv/arbeitspapiere/arbeitspapiere16.pdf>>.
- Radseck, Michael (2002): Verfassungswächter in Uniform? Militär und Politik im Chile der neunziger Jahre, Freiburger Beiträge zu Entwicklung und Politik Nr. 29. Freiburg: ABl.
- Robles Montoya, José (2006a): „De la disuasión a la cooperación: dos siglos en la relación Perú-Chile“, in: *Revista Fuerzas Armadas y Sociedad*, Nr. 1, 20. Jg., S. 31-50, in: <<http://www.fasoc.cl/files/articulo/ART45a4f356511b7.pdf>>.
- Robles Montoya, José (2006b): „Asignación de recursos para la Defensa Nacional: El caso del presupuesto 2003-2005“, in: *Operaciones Conjuntas. Civiles y Militares en la Política de Defensa*, Serie Democracia y Fuerza Armada Nr. 6. Lima: Instituto de Defensa Legal, S. 153-261.
- Robles Montoya, José (2005): El “Fondo” del reglamento del Fondo de Defensa, ideele-mail N°432, 10.5.2005, in: <<http://www.defensaidl.org.pe/idlmails/idlmail432.doc>>.
- Robles Montoya, José (2004): Calidad y transparencia del presupuesto de defensa. El caso del Perú, Papeles de investigación, RESDAL, in: <<http://www.resdal.org/presupuestos/caso-peru.pdf>>.
- Robles Montoya, José/ Tamayo, Ana María (2004): Deshojando el Fondo, ideelepólítica Nr. 50, 15.9.2004, in: <<http://www.defensaidl.org.pe/idlpolitica/idlpolitica50.doc>>.
- Rojas Aravena, Francisco (2000): „Chile“, in: Singh, Pal Ravinder (Hrsg.): *Arms procurement decision making*, Bd. 2: Chile, Greece, Malaysia, Poland, South Africa, Taiwan. New York: Oxford University Press, S. 9-38.
- Scheetz, Thomas (2003): „Military business in Argentina“, in: Brömmelhörster, Jörg/ Paes, Wolf-Christian (Hrsg.): *The military as an economic actor: Soldiers in business*. Basingstoke/ New York: Palgrave Macmillan, S. 18-31.
- Schuldt, Jürgen (2005): ¿Somos pobres porque somos ricos? Recursos naturales, tecnología y globalización. Lima: Fondo Editorial del Congreso del Perú.

- Seminario sobre Financiamiento de Fuerzas Armadas (2006): Compras militares, Ley Reservada del Cobre, y Transparencia, versión taquigráfica, 16.10.2006, in: <<http://www.freewebs.com/comisiondefensa/SEMINARIO%20SOBRE%20FINANCIAMIENTO%20DE%20FUERZAS%20ARMADAS.doc>>.
- SIPRI (2006): The SIPRI Military Expenditure Database. Stockholm.
- Tamayo, Ana María (2006): „Balance del diseño institucional de la Defensa para una conducción democrática de la Fuerza Armada: 2001-2005“, in: Operaciones Conjuntas: Civiles y militares en la política de Defensa, Serie Democracia y Fuerza Armada Nr. 6. Lima: Instituto de Defensa Legal, S. 119-151.
- Tamayo, Ana María (2004a): A raíz de la propuesta de un Fondo para la Fuerza Armada, ideele-mail N° 375, 10.8.2004, in: <<http://www.defensaidl.org.pe/idlmails/idlmail375.doc>>.
- Tamayo, Ana María (2004b): A 100 por hora sobre el Fondo para Defensa, ideele-mail N° 378, 17.8.2004, in: <<http://www.defensaidl.org.pe/idlmails/idlmail378.doc>>.
- Varas, Augusto/ Fuentes, Claudio (1994): Defensa Nacional, Chile 1990-1994: Modernización y Desarrollo. Santiago: FLACSO.
- Vera Nova, Adolfo (2002): Ley Reservada del Cobre: Fuente y mecanismo de recursos para la defensa de Chile, Centro de Estudios e Investigaciones Militares (CESIM), Area Estrategia Militar y Defensa Nacional. Santiago, in: <[http://www.cesim.cl/p3\\_otras\\_publicaciones/site/pags/20031109174339.html](http://www.cesim.cl/p3_otras_publicaciones/site/pags/20031109174339.html)>.
- Villar Rojas, Carlos (1992): Gasto militar, tema de reflexión, in: Memorial del Ejército Nr. 439, S. 102-122.